



Diskussion

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Was ist dran an der

Globalisierungskritik?

Fakten, Zahlen, Analysen

Diskussion

Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Was ist dran an der Globalisierungskritik?

Fakten, Zahlen, Analysen

Kapitel	Inhalt	Seite
1	Einleitung: Ein Wort regiert die Welt	2
2	Globalisierung: Ihre Grundlagen und Ziele	5
3	Die Globalisierungskritik auf dem Prüfstand	12
3.1	Weitgehend berechtigte Kritik	12
3.2	Teilweise berechtigte Kritik	16
3.3	Weitgehend unberechtigte Kritik	26

1 Einleitung: Ein Wort regiert die Welt

Eines muss man der Globalisierung lassen, sie macht ihrem Namen alle Ehre: Globalization, Globalisering, Globalisasi, Globalizacja, Globalisaatio, Globalizzazione, Globalización, Globalização – das Wort ist wahrlich global. Wer es vermeiden will, der muss schon Türkisch sprechen (Küreselleşme), Französisch parlieren (Mondialisation), sich der Kunstsprache Esperanto bedienen (Tutmondiĝo) oder am besten gleich in eine Sprache wechseln, die ganz andere Schriftzeichen benutzt (全球化).

Die Suchmaschine Google erzielt beim Wort Globalisierung im Bruchteil einer Sekunde mehr als fünf Millionen Treffer. Bei so viel Relevanz sollte man eigentlich annehmen, das Phänomen Globalisierung sei eindeutig definiert und

hinreichend erforscht – doch davon kann nun wahrlich keine Rede sein. Denn so global und international der Begriff daherkommt, so regional und individuell ist offenbar seine Interpretation. Obwohl die Globalisierung dem Wortsinn nach doch nichts anderes als die weitgehende Vereinigung der Menschheit zum Ziel hat („Die Welt wird zum Dorf“), scheint sie derzeit das genaue Gegenteil zu bewirken – sie spaltet und trennt Industrieländer von Entwicklungsländern, Reiche von Armen, Politiker von Bürgern, Gewinner von Verlierern, Arbeitgeber von Arbeitnehmern, West von Ost, Oben von Unten.

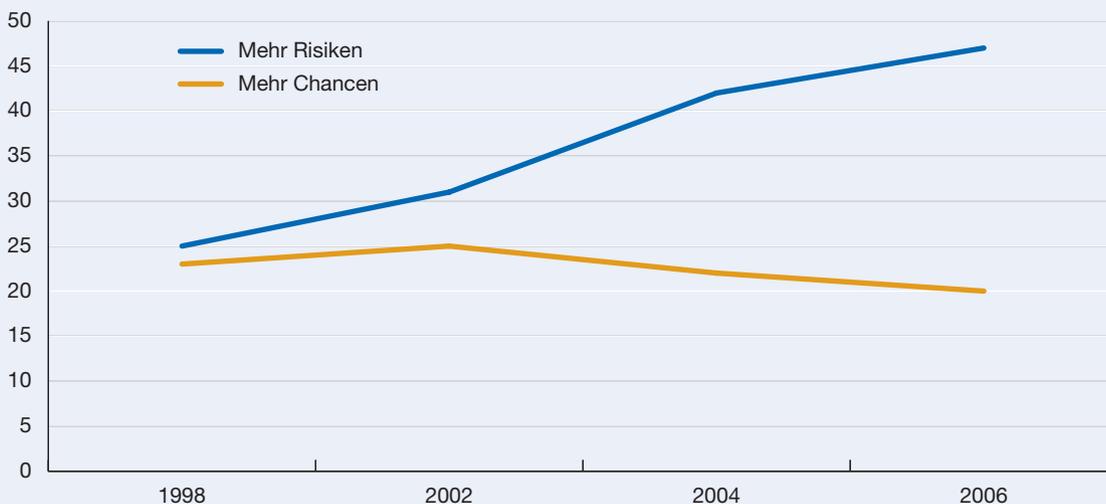
Globalisierungskepsis in Deutschland

So auch und gerade in Deutschland. Seit vielen Jahren gehört die Bundesrepublik zu den drei größten Exportnationen und damit ohne Frage

Globalisierungsskepsis in Deutschland

Abbildung 1

„Wenn von Globalisierung die Rede ist, was überwiegt dann bei Ihnen: Sehen Sie alles in allem mehr Chancen oder mehr Risiken?“, Antworten in Prozent



Bevölkerung ab 16 Jahre; Rest zu 100 Prozent: nicht entschieden oder „Weiß nicht, was mit Globalisierung gemeint ist“.
Quelle: Institut für Demoskopie, Allensbach

zu den eindeutigen Gewinnern der Globalisierung. Die Deutschen aber winken ab: Fast die Hälfte der über 16-Jährigen assoziiert mit Globalisierung vor allem Risiken, nur jede/-r Fünfte sieht überwiegend Chancen, so eine Allensbach-Umfrage im Jahr 2006.

Kurioserweise hindert das die Deutschen jedoch nicht daran, die Vorteile der Globalisierung in vollen Zügen zu genießen. Ob DVD-Player, Bekleidung oder Autos, nichts kann billig genug sein. Dass die günstigen Preise nur durch Einfuhren und Zulieferungen aus Billiglohnländern möglich sind, ist den meisten Schnäppchenjägern genauso wenig klar wie die Tatsache, dass ihr Einkaufsverhalten ein Grund dafür ist, dass deutsche Unternehmen Arbeitsplätze ins

Ausland verlagern, um im globalen Preiswettbewerb überhaupt noch eine Chance zu haben.

Wie wenige Produkte heute tatsächlich noch „made in Germany“ sind, zeigt ein Blick auf die Produktion von Autos: Der VW Fox zum Beispiel wird größtenteils in Brasilien gefertigt – der deutsche Produktionsanteil liegt gerade mal bei 15 Prozent. Wer einen Mittelklassewagen aus rein deutscher Produktion haben will, müsste dafür bis zu 4.000 Euro mehr auf den Tisch legen als bei einem Modell, das die Vorteile der internationalen Arbeitsteilung nutzt – den Preis aber will heute keiner mehr zahlen. Nicht minder widersprüchlich ist es, einerseits mit viel Verve und Pathos einen fairen Handel mit den Entwicklungs- und Schwellenländern zu fordern,

andererseits aber von einem unfairen Wettbewerb zu reden, wenn die Billiglohnländer dann tatsächlich die hiesigen Märkte erobern.

Die Globalisierung stellt die Menschen vor ungezählte Rätsel und Fragen – und manche nutzen die allgemeine Verunsicherung dazu, den Prozess pauschal zu diffamieren und für alle möglichen Missstände verantwortlich zu machen. Doch was ist dran an all den plakativen Behauptungen? Ist die Globalisierung wirklich ein Jobkiller? Macht sie die Armen immer ärmer und die Entwicklungsländer zu Verlierern im weltweiten Raubtier-Kapitalismus? Verliert der Staat gegenüber den global aufgestellten Wirtschaftskonzernen tatsächlich immer mehr an Macht? Sind die multinationalen Unternehmen wirklich nur auf möglichst niedrige Löhne aus? Und ist die Angst vor dem sozialen Abstieg eine Folge der Globalisierung?

Fragen über Fragen – und kaum eine lässt sich mit einem simplen Ja oder Nein beantworten. Die Wahrheit ist, wie so oft, komplizierter. Auf den folgenden Seiten soll die Globalisierungskritik deshalb auf Herz und Nieren geprüft werden. Es geht darum, Richtiges, Halbwahres und Falsches fein säuberlich auseinanderzuhalten.

2 Globalisierung: Ihre Grundlagen und Ziele

Laut dem Internetlexikon Wikipedia tauchte der Begriff „Globalization“ erstmals im Jahr 1961 in einem englischsprachigen Lexikon auf. So richtig populär geworden ist er aber erst 30 Jahre später. Damals war in Deutschland gerade die Mauer gefallen und kurze Zeit später der gesamte Ostblock zusammengebrochen. Plötzlich war der Eisener Vorhang offen. Eine ideale Voraussetzung für einen weiteren Siegeszug der Globalisierung, denn nun konnte sie einmal mehr ihre ureigenste Aufgabe angehen: Staaten, Märkte, Unternehmen – und damit letztlich auch Menschen – miteinander zu verflechten.

Wie der Name schon sagt, betrifft die Globalisierung die ganze Welt, also auch Politik, Medien, Sport und Kultur. Das öffentliche Interesse aber fokussiert sich heute fast ausschließlich auf die ökonomische Dimension, also vor allem darauf, dass Güter und Kapital, aber auch Informationen, Wissen und Technologie mobiler sind als je zuvor. Ökonomen reden in diesem Zusammenhang von grenzüberschreitenden Transaktionen und internationaler Arbeitsteilung. Ein typisches Beispiel dafür ist der bereits erwähnte Automobilbau: Ob VW, Opel oder Mercedes – kaum ein „deutsches“ Auto wird heutzutage noch ausschließlich in Deutschland produziert; stattdessen kommen, ein Beispiel nur, der Motor aus Ungarn, die Elektronik aus Japan, die Karosserie aus der Slowakei, die Reifen aus Österreich – und in Deutschland wird das Ganze dann montiert.

Diese internationale Arbeitsteilung ist keineswegs neu. Schon in der Antike reisten die Phönizier bis nach Britannien, um Handel zu treiben, und im 15. und 16. Jahrhundert stieg die Familie der Medici aus Florenz mit ihrem Textilimperium zur Großmacht auf. In der jüngeren Geschichte gab es zwei große Globalisierungsschübe: einen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts und einen unmittelbar nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs. Das, was wir heute an Globalisierung sehen, lässt sich allerdings kaum mit der internationalen Arbeitsteilung vergangener Tage vergleichen. Denn heute ist alles – um es mal auf die Spitze zu treiben – noch schneller, noch internationaler, noch globaler. In Zahlen ausgedrückt: Obwohl die weltweite Wirtschaftsleistung zwischen 1985 und 2006 nur um rund das 3,7-Fache gewachsen ist, sind

- ▶ **die weltweiten Exporte** um das 6-Fache,
- ▶ **die weltweiten Auslandsinvestitionen der Unternehmen** um das 16-Fache und
- ▶ **die weltweiten privaten Kapitalströme** um das 20-Fache gestiegen.

Globalisierungsgewinner Deutschland

Ob „Anne Will“, „Maybrit Illner“ oder „Hart aber fair“ – in den deutschen Talkshows ist das Thema Globalisierung seit Jahren ein Dauerbrenner. Und in fast jeder Sendung gibt es vor allem für jene Gäste stürmischen Applaus, die von den vermeintlichen Nachteilen reden: also

Globalisierung: Ein ewiges Auf und Ab

Die Geschichte der Globalisierung verlief keineswegs kontinuierlich. Der vorletzte große Schub fand im 19. Jahrhundert statt. Ausgehend vom Vereinigten Königreich senkten damals viele Staaten ihre Zölle. Durch die Erfindung des Telegrafen und des Telefons sowie die Installation des ersten transatlantischen Unterwasserkabels wurden zum einen die Kommunikationskosten massiv gesenkt; zum anderen revolutionierte die Erfindung der Dampfmaschine das Transportwesen. Erstmals in der Menschheitsgeschichte lohnte es sich nun, Agrargüter in großen Mengen aus der neuen Welt nach Europa zu schiffen – zwischen 1830 und 1914 reduzierten sich die Kosten um drei Viertel.

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aber verschlechterte sich die Wirtschaftslage in Europa dramatisch – und prompt folgte der politische Widerstand gegen die „Getreideinvasion“ aus den USA. Insbesondere Deutschland und Frankreich erhöhten ihre Einfuhrzölle. Noch viel größeren Schaden richtete der massive Protektionismus in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen an. Die internationalen Handelsverflechtungen wurden dermaßen geschwächt, dass es bis in die siebziger Jahre hinein dauerte, bis sie wieder so stark waren wie vor dem Ersten Weltkrieg.

Kurioserweise hat es die Globalisierung heute so schwer wie schon lange nicht mehr. Aufseiten der Sceptiker stehen nicht nur die Entwicklungsländer, die sich vor der vermeintlich übermächtigen Konkurrenz aus China fürchten. Auch die Europäer – insbesondere die Deutschen – neigen seit geraumer Zeit dazu, kein gutes Haar an der Globalisierung zu lassen. Wie ernst die Kritik zu nehmen ist und wie groß die Gefahr neuerlicher protektionistischer Tendenzen ist, zeigt nicht zuletzt die Tatsache, dass sich inzwischen auch im US-Kongress immer mehr Stimmen zu Wort melden, die dem globalen Freihandel kritisch gegenüberstehen.

von Arbeitsplatzverlusten, Job-Verlagerungen ins Ausland, Sozialabbau und dergleichen mehr. Meist nur wenig Zustimmung ernten dagegen jene Talkgäste aus Wirtschaft und Politik, die immer wieder darauf hinweisen, dass es kaum ein anderes Land auf der Welt gibt, das so sehr von der Globalisierung profitiert wie die Bundesrepublik. Die Beweis-Kette:

► **Die Unternehmen.** Nach einer Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln unter

insgesamt 3.400 Firmen sind (bezogen auf den Umsatz) 58 Prozent der Unternehmen in irgendeiner Art internationalisiert: rund 22 Prozent, indem sie bis zu einem Viertel ihres Umsatzes über den Export von Gütern und Dienstleistungen erzielen; weitere 20 Prozent, indem sie entweder einen Exportanteil von mehr als einem Viertel erreichen und/oder direkt im Ausland produzieren; und noch einmal 16 Prozent, indem sie zusätzlich auch noch im Ausland forschen.

► **Der Außenhandel.** Kaum eine andere Statistik spiegelt die internationale Verflechtung der deutschen Wirtschaft so eindrucksvoll wider wie die des Außenhandels. Seit 1991 ist Deutschlands Exportquote von 26 auf 47 Prozent und seine Importquote von 26 auf 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Dahinter stehen mehrere parallel verlaufende Globalisierungsschübe: der EU-Binnenmarkt, die EU-Erweiterung 1995, die Handelsöffnung nach Mittel- und Osteuropa im Vorfeld der EU-Osterweiterung, die Europäische Währungsunion und auf globaler Ebene natürlich die stärkere Verflechtung mit den aufstrebenden Schwellenländern, insbesondere mit China.

Anders als oft behauptet, sind die florierenden Handelsbeziehungen mit den Newcomern kein einseitiges Geschäft, sondern beruhen auf Gegenseitigkeit. Zwar stammen noch knapp zwei Drittel der deutschen Importe aus den Industrieländern, doch seit Mitte der neunziger Jahre ist der Anteil der Niedriglohnländer von einem Viertel auf gut ein Drittel gestiegen. Mehr als die Hälfte des Anstiegs geht allein auf das Konto der neuen osteuropäischen EU-Mitglieder. Umgekehrt legen die deutschen Ausfuhren in die Schwellenländer aufgrund der dort schnell wachsenden Märkte deutlich dynamischer zu als die Exporte in die Industrieländer. So haben die Schwellenländer rund ein Drittel zum deutschen Exportwachstum seit 1995 beigetragen.

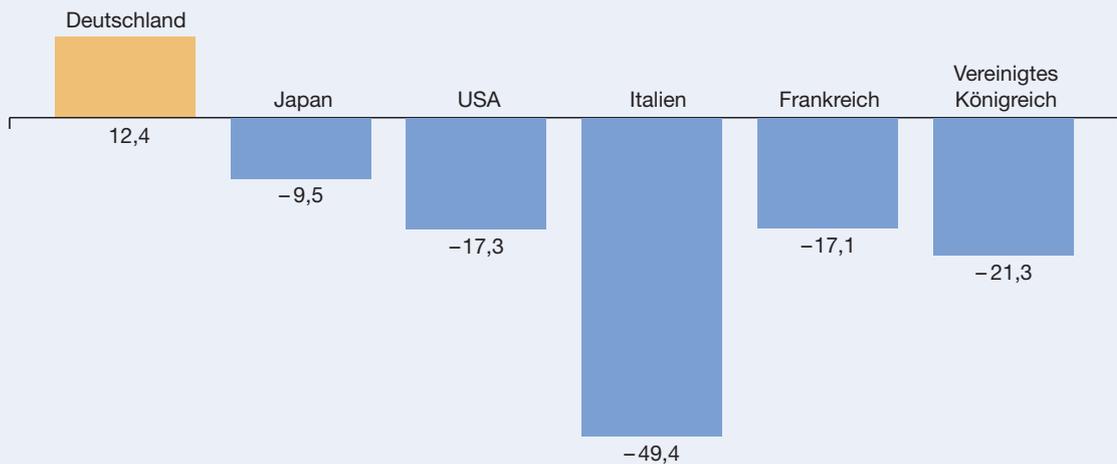
Der wohl beste Beweis für die Segnungen der Globalisierung aber ist die Tatsache, dass Deutschland im Jahr 2007 zum fünften Mal in Folge den Titel des Exportweltmeisters inne-

hatte. Wie außergewöhnlich dieser Erfolg ist, verdeutlichen zwei Vergleiche: Zum einen ist die Bundesrepublik nach Einwohnern gerechnet gerade einmal die Nummer 14 auf der Welt. Zum anderen hat sie im Zeitraum 1995 bis 2007 etwas geschafft, was weder Japan und den USA, noch Italien, Frankreich oder Großbritannien gelungen ist: Während nämlich all diese großen Konkurrenzländer zwischen 10 und 50 Prozent ihrer Weltmarktanteile verloren haben, hat Deutschland seinen Anteil um mehr als 12 Prozent steigern können. Messen lässt sich das besonders anschaulich anhand der sogenannten Exportperformance: Sie gibt an, um wie viel Prozent die Ausfuhren eines Landes schneller oder langsamer wachsen als seine jeweiligen Absatzmärkte.

Exportperformance: Sonderfall Deutschland

Abbildung 2

Im Zeitraum 1995–2007 sind die Exporte um so viel Prozent schneller (+) beziehungsweise langsamer (–) gewachsen als die jeweiligen Absatzmärkte



Ursprungsdaten: OECD

Die Gründe für den Exportboom liegen nicht nur in der erfolgreichen Ausrichtung auf die Wachstumsmärkte, sondern auch in einer verbesserten Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Dazu beigetragen haben insbesondere eine moderate Lohnpolitik, die Nutzung von Kostenvorteilen durch Produktionsverlagerungen sowie stabile Wechselkurse – dank des Euro wurden, im Gegensatz zu früher, Deutschlands Wettbewerbsvorteile (zumindest im europäischen Umfeld) nicht mehr durch Aufwertungen zunichtegemacht.

► **Arbeitsplätze.** Das ist das schwierigste, weil emotionalste Thema im Zusammenhang mit der Globalisierung – zum Beispiel, wenn deutsche Konzerne im Inland Jobs abbauen und gleich-

zeitig im Ausland neue schaffen. Doch auch wenn diese (von Ökonomen Offshoring genannten) Auslandsverlagerungen der Produktion für jeden einzelnen Betroffenen bitter sind – unter dem Strich, also aus Sicht der gesamten Volkswirtschaft, hat der Globalisierungsprozess in Deutschland wesentlich mehr Arbeitsplätze geschaffen als vernichtet.

Wenn die Öffentlichkeit dennoch vom Gegenteil überzeugt ist, dann liegt das wohl vor allem daran, dass in den Medien fast ausschließlich über spektakuläre Job-Verlagerungen wie bei Nokia berichtet wird, nicht aber über die vielen, vielen kleineren Fälle, in denen umgekehrt zig Tausende neue Jobs geschaffen werden. Aufgrund dieser selektiven Wahrnehmung

wird der globalisierungsbedingte Abbau von Arbeitsplätzen regelmäßig überzeichnet und der Aufbau unterzeichnet. Zwar gibt es weder für das eine noch für das andere hundertprozentig wasserdichte Zahlen, dennoch ist die Tendenz eindeutig:

- Eine Umfrage bei mittleren und größeren Unternehmen hat ergeben, dass zum Beispiel im Jahr 2005 gerade mal 7 Prozent der gesamten Beschäftigungsverluste in Deutschland auf Produktionsverlagerungen ins Ausland zurückzuführen waren.
- Umgekehrt haben die florierenden Auslandsgeschäfte den Wertschöpfungsanteil, der auf den Export zurückgeht, seit 1995 von damals 14 auf heute 21 Prozent erhöht. Einschließlich der Jobs, die dadurch in den Zulieferbranchen entstanden sind, hat sich die Zahl der exportabhängigen Arbeitsplätze so um sage und schreibe 56 Prozent erhöht: Arbeiteten 1995 hierzulande erst 5,7 Millionen Menschen direkt oder indirekt für den Export, so waren es im Jahr 2006 schon 8,9 Millionen.

► **Finanzströme.** Auch finanziell hat sich Deutschland in den vergangenen 15 bis 20 Jahren stärker in den weltweiten Kapitalmarkt integriert. Ein Maß dafür ist der Grad der finanziellen Offenheit – er setzt die Summe der deutschen Finanzanlagen im Ausland und der ausländischen Anlagen im Inland in Relation zur Wirtschaftsleistung. Nach Angaben der Deutschen Bundesbank hat sich die deutsche Quote seit 1990 mehr als verdreifacht und liegt mit 340 Prozent deutlich höher als in den USA (200 Prozent) oder Japan (165 Prozent).

Die Vorteile für die Verbraucher

Wenn sich die Politik so viel Mühe gibt, die Märkte, den Handel und den Kapitalverkehr zu liberalisieren, dann ist das der Erfahrung geschuldet, dass geschlossene Grenzen den Wohlstand und das Wachstum bremsen. Bei offenen Grenzen dagegen können sich die verschiedenen Länder jeweils auf die Produktion jener Güter und Dienstleistungen spezialisieren, die sie am besten und günstigsten herstellen können – und diese dann gegen jene Waren und Serviceleistungen tauschen, die sie gar nicht oder nur zu viel höheren Kosten herstellen können. Ökonomen sprechen in diesem Zusammenhang vom Prinzip der komparativen Vorteile.

Vereinfacht dargestellt, funktioniert dieses Prinzip so: Ananas anzubauen, ist in den Tropen wesentlich billiger als in geheizten Treibhäusern hierzulande – also haben die Tropenländer in diesem Fall einen komparativen Vorteil. Ähnliches gilt für viele einfache Waren wie zum Beispiel T-Shirts, Schuhe, Spielzeug, Möbel oder andere standardisierte Produkte, deren Herstellung vor allem menschlicher Arbeit bedarf, sprich personalintensiv ist. Weil Arbeitskraft in den Industrieländern aber besonders teuer ist (man vergleiche nur einmal die Stundenlöhne in Deutschland und in China), lohnt sich die Produktion solcher Güter für diese Staaten nicht. Stattdessen konzentrieren sie sich auf Waren und Dienstleistungen, für deren Herstellung viel Kapital, Wissen und Technologie eingesetzt wird – also Produktionsfaktoren, die wiederum in den Entwicklungsländern eher knapp und damit teuer sind.

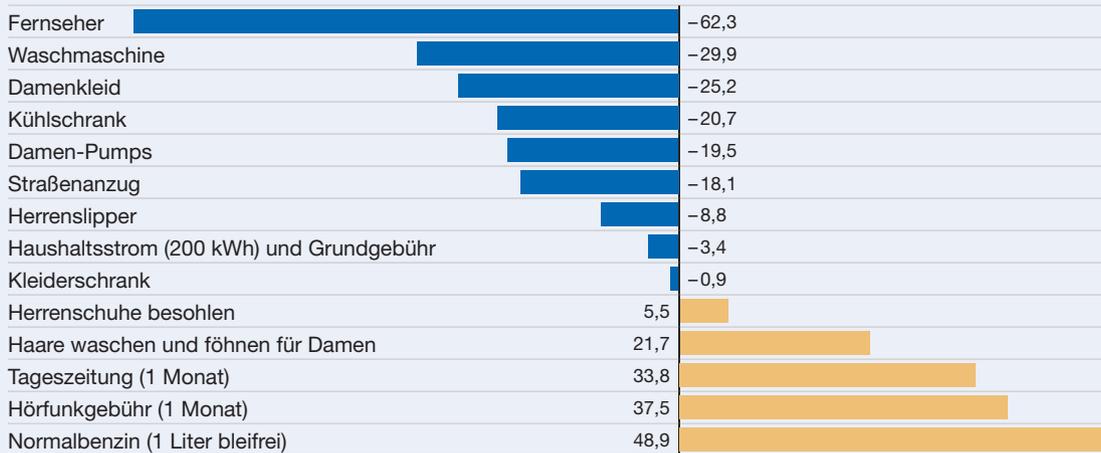
Die Triebfedern der Globalisierung

- ▶ **Fortschritt in der Informations- und Kommunikationstechnik.** Was im 19. Jahrhundert die Erfindung des Telegrafen und des Telefons war, ist heute die Entwicklung der modernen Informations- und Kommunikationstechnik. Hochleistungscomputer, Glasfaser- und Breitbandkabel, UMTS, WLAN, das Handy und vor allem das Internet machen die „Welt zum Dorf“. Per Mausklick lassen sich heute riesige Datenmengen oder auch Geld binnen Sekunden von A nach B transportieren, wer will, kann über seinen PC von Castrop-Rauxel aus eine Bibliothek in Tokio durchstöbern oder das Angebot eines Software-Herstellers in Bangalore einholen. Ein dreiminütiges Telefongespräch von New York nach London kostete im Jahr 1930 fast 250 US-Dollar, heute sind es wenige Cent.
- ▶ **Senkung der Transportkosten.** Zwar denkt kein Mensch mehr darüber nach, doch dass Kiwis oder Mangos heute in jedem Supermarkt um die Ecke für ein paar Cent zu haben sind und ein Flug von Berlin nach Mailand manchmal weniger kostet als eine innerstädtische Fahrt mit dem Taxi, kommt nicht von ungefähr. Der Transport von Waren (und Menschen) ist heute wesentlich preisgünstiger als etwa noch zu Beginn des letzten Jahrhunderts. So sind zum Beispiel die Flugkosten im Vergleich zu 1930 um mehr als 80 Prozent gesunken. In der Schifffahrt sind die Kosteneinsparungen zwar deutlich geringer, gleichwohl hat insbesondere die viel beschworene Container-Revolution maßgeblich zum Erfolg der Globalisierung beigetragen. Der entscheidende Faktor ist hier die Zeit. Und Zeit ist Geld: Container-Schiffe lassen sich heute ungleich schneller be- und entladen als die Stückgutfrachter früherer Epochen, zudem werden die Schiffe immer größer, und ausgeklügelte Logistiksysteme reduzieren die Liegezeiten auf ein Minimum.
- ▶ **Abbau von Kapitalverkehrs- und Handelshemmnissen.** Die technischen Entwicklungen wurden von einer bewussten Politik der Liberalisierung flankiert. Auf den Kapitalmärkten hat die Öffnung freilich erst nach und nach eingesetzt, viele Entwicklungsländer nutzen weiterhin Kapitalverkehrsbeschränkungen. Umfassender waren die Liberalisierungsfortschritte im Handel. Nach den katastrophalen Erfahrungen in den dreißiger Jahre, als Zollkriege und Abwertungswettläufe die Dynamik des Welthandels abwürgten, wurde im Jahr 1947 das GATT gegründet (General Agreement on Tariffs and Trade). Dieses Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen hat seitdem in acht Zollsenkungenrunden dafür gesorgt, dass die weltweiten Zölle auf Industriewaren um insgesamt mehr als 80 Prozent gesenkt wurden – in der EU zuletzt auf rund 4 Prozent des Warenwerts. Im Jahr 1995 schließlich wurde die Welthandelsorganisation (WTO) in Genf gegründet. Ursprünglich trieben vor allem die Industrieländer die multilaterale Handelsliberalisierung voran, nach und nach stießen aber immer mehr Entwicklungs- und Schwellenländer hinzu – bei denen die Handelsbarrieren aber zumeist immer noch höher sind als in den Industriestaaten.

Deutschland: Der Kaufkraftgewinn

Abbildung 3

Lesebeispiel: Um einen Fernseher zu finanzieren, musste ein Durchschnittsverdiener im Jahr 2006 gut 62 Prozent weniger Arbeitszeit aufwenden als 1991



Westdeutscher Durchschnittsverdiener, durchschnittliche Nettolohn- und Gehaltssumme je geleistete Arbeitsstunde:
 1991 = 10,16 Euro und 2006 = 13,30 Euro.
 Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Diese Art von Arbeitsteilung kommt den Verbrauchern zugute. Zum einen über ein wesentlich größeres Angebot – man denke nur an die abgeschottete DDR, wo der Trabbi praktisch das einzig verfügbare Auto war, auf das man zudem jahrelang warten musste. Zum anderen über niedrigere Preise – denn die meisten Importwaren werden ja gerade deshalb gekauft, weil sie billiger sind als heimische Produkte. Günstigere Preise ergeben sich aber auch, weil der globalisierungsbedingte Wettbewerbsdruck es den heimischen Unternehmen schwerer macht, Preiserhöhungen durchzusetzen, und sie deshalb ständig Kosten einsparen müssen.

Noch klarer wird der Wohlstandsgewinn, wenn man nicht nur die tendenziell niedrigeren Preise für Importwaren berücksichtigt, sondern auch die Lohnentwicklung einbezieht. Denn wenn die Gehälter schneller steigen als die Preise für Waren und Dienstleistungen, ergibt sich daraus ein Realeinkommens- und Kaufkraftgewinn – weil man nämlich weniger lang für diese Güter arbeiten muss. Für einen (oft aus Asien importierten) Anzug zum Beispiel muss ein Durchschnittsverdiener heute rund 18 Prozent weniger Arbeitszeit investieren als noch zu Beginn der neunziger Jahre. Und bei einem Fernseher beträgt der Kaufkraftgewinn sogar mehr als 62 Prozent.

3 Die Globalisierungskritik auf dem Prüfstand

Wenn die Globalisierung den Menschen heute so viel Angst macht, dann hat das nicht nur berechtigte Gründe, sondern liegt auch an der Art und Weise, wie das Phänomen in der Öffentlichkeit dargestellt wird. In unserer schnelllebigen Zeit zählen oft nur Superlative, also werden selbst die komplexesten Entwicklungen marktschreierisch verkürzt und in populistischen Verallgemeinerungen unters Volk gebracht. Das Ergebnis ist bekannt: Getreu der alten Journalisten-Regel, wonach nur schlechte Nachrichten gute Nachrichten sind, übertönt der Chor der Globalisierungsgegner den der Befürworter bei Weitem – wenige Negativbeispiele reichen, um viele Positivbeispiele sang- und klanglos untergehen zu lassen.

Auf den folgenden Seiten geht es deshalb darum, Kritik zu üben, und zwar im ursprünglichen Sinne des Wortes: Kritik stammt aus dem Griechischen und meint „die Kunst der Beurteilung, des Auseinanderhaltens von Fakten, der Unterscheidung“. Damit ist aber auch klar, worum es nicht geht – um eine Generalabrechnung mit den Globalisierungskritikern. Zwar ist die Versuchung groß, der oft allzu pauschalen Verurteilung der Globalisierung eine ebenso einseitige Aneinanderreihung ihrer Vorteile entgegenzusetzen, doch damit würde der Wahrheit ein Bärendienst erwiesen. Denn nicht selten erheben Globalisierungskritiker wie die Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) amnesty international und Greenpeace ihre warnenden Stimmen genau bei jenen Themen, für die sich

sonst kaum jemand mit politischem Gewicht interessiert – wie früher etwa beim Umweltschutz oder heute bei der Verletzung von Menschen- und Arbeitsrechten.

Um der „Kunst der Beurteilung“ so weit wie möglich gerecht zu werden, unterteilen wir die Kritik an der Globalisierung in drei Kategorien: weitgehend berechtigt, teilweise berechtigt und weitgehend unberechtigt. Die Einschränkungen „weitgehend“ und „teilweise“ mögen etwas schwammig erscheinen, sind aber der Tatsache geschuldet, dass sich einige Kritikpunkte kaum objektiv bewerten lassen. Es gibt nicht immer nur schwarz oder weiß – dazwischen liegen viele Graustufen. Zudem ist so manches Argument, das die Globalisierungsskeptiker vortragen, kein wissenschaftliches, sondern ein politisches – und entzieht sich somit dem Anspruch auf absolute Objektivität.

3.1 Weitgehend berechtigte Kritik

Zu den Themen, bei denen Globalisierungskritiker größtenteils zu Recht auf Probleme und Missstände hinweisen, gehört insbesondere die mangelhafte Integration vieler Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung.

► **Protektionismus der Industrieländer.** Im Kern lautet der Vorwurf, dass die Industriestaaten einerseits von den Entwicklungsländern verlangen, ihre Zölle massiv zu senken. Auf der anderen Seite aber schotten die Industrienationen ihre eigenen Märkte in vermeintlich „sensiblen“ Bereichen ebenfalls ab. Solche

Widersprüche sind, wie so oft, das Ergebnis davon, dass die Beteiligten bestimmte Fakten unterschiedlich interpretieren. In diesem Fall weisen die Industrienationen darauf hin, dass die Entwicklungs- und Schwellenländer in vielen Branchen noch deutlich höhere Zölle haben als die reichen Nationen. Das stimmt zwar – wahr ist aber auch, dass viele Staaten der Dritten Welt ihre Zölle in den vergangenen Jahren nachhaltig gesenkt haben. In Zahlen ausgedrückt: Im Warenhandel betragen die Durchschnittszölle der Schwellenländer rund 10 Prozent. Damit liegen ihre Handelsbarrieren einerseits deutlich höher als die der EU (5,4 Prozent) und der USA (3,5 Prozent), andererseits aber auch viel niedriger als noch vor zehn oder 20 Jahren.

Zudem täuschen die niedrigen durchschnittlichen Zollsätze der Industrieländer darüber hinweg, dass einzelne Sektoren wesentlich stärker geschützt sind. Und das betrifft ausgerechnet jene Branchen, in denen die Entwicklungsländer ihre Stärken haben: Bekleidung und Agrargüter. So belegt die EU Industriegüter lediglich mit 3,9 Prozent Zoll, auf Bekleidung sind dagegen fast 12 Prozent fällig, und auf Agrargüter sogar mehr als 15 Prozent. Diese Ungleichbehandlung hat Folgen: Ärmere Länder wie Panama, Belize (die einstige Kronkolonie British Honduras) oder Sambia zahlen auf ihre Exporte in die EU bis zu fast 18-mal so hohe Zölle wie die ökonomischen Schwergewichte USA oder Japan. Lediglich die ärmsten Staaten der Welt – wie Angola und Bangladesch – haben im Rahmen der „Alles-außer-Waffen“-Initiative einen fast vollständig freien Zugang zu den EU-Märkten, werden also nicht durch Zölle oder Einfuhrgrenzen behindert. Vielen anderen, etwas weniger armen Ländern

verbaut die EU mit ihrem Protektionismus aber die Entwicklung und behindert ihr Wachstum.

Ein weiteres Problem entsteht dann, wenn die EU und die USA ihre subventionierten Agrargüter ins Ausland verkaufen und auf diese Weise die Weltmarktpreise drücken. Die Bauern in den Entwicklungsländern können bei diesem Spiel oft nicht mithalten und verlieren somit ihre heimische Lebensgrundlage. Immerhin hat die EU Besserung gelobt: Im Rahmen der laufenden Welthandelsrunde sollen die Exportsubventionen abgeschafft werden – Voraussetzung ist allerdings, dass auch andere Handelspartner auf vergleichbare Praktiken verzichten.

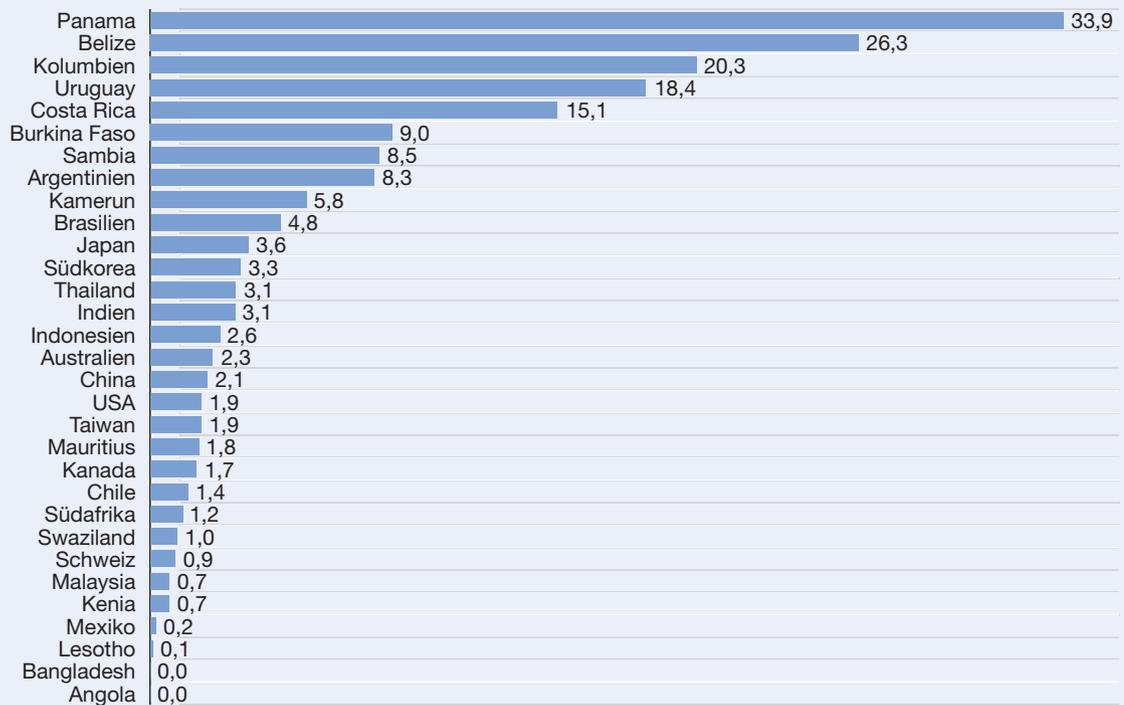
► **Globalisierung als vermeintliches Allheilmittel.** Die Globalisierung pauschal zu verteufeln ist falsch – sie zu glorifizieren aber auch. Die Behauptung, eine bloße Teilnahme an der Globalisierung werde alle Probleme der Entwicklungsländer lösen, ist so nicht haltbar. Richtig ist vielmehr, dass die Internationalisierung dieser Volkswirtschaften nur dann funktionieren und Früchte abwerfen kann, wenn sie von entsprechenden wirtschaftspolitischen Maßnahmen flankiert wird.

Unverzichtbar sind in diesem Zusammenhang vor allem die Bekämpfung der Inflation sowie zumindest einigermaßen stabile Staatsfinanzen. Zwei- oder gar dreistellige Teuerungsraten, wie sie in Afrika lange gang und gäbe waren, behindern nicht nur die Investitionsfähigkeit der Wirtschaft, sie gehen vor allem zulasten der Armen, die unter solch exorbitanten Preissteigerungen besonders leiden. Ähnlich kontraproduktiv wirken hohe Staatsschulden sowie die in manchen

EU-Zölle: Große Unterschiede

Abbildung 4

Tatsächlich gezahlte EU-Zölle auf alle Exportwaren, in Prozent des Warenwerts



Unter Berücksichtigung der Warenstruktur (zum Beispiel Anteil von Agrarexporten) und der Zollpräferenzen; Stand: 2005.
 Quellen: WTO; UNCTAD; ILC

Ländern gängige Praxis, die Gelder aus der Entwicklungshilfe für Militärausgaben zu missbrauchen, statt sie in die Wirtschaft, die Bildung und das Gesundheitswesen zu investieren.

Eine große Herausforderung für die Entwicklungsländer liegt zudem darin, den Strukturwandel zu meistern, der durch die Globalisierung angeschoben wird. Denn wenn die eigenen Handelshemmnisse abgebaut werden, gerät die oft nur mäßig wettbewerbsfähige heimische Wirtschaft unter erheblichen Anpassungs-

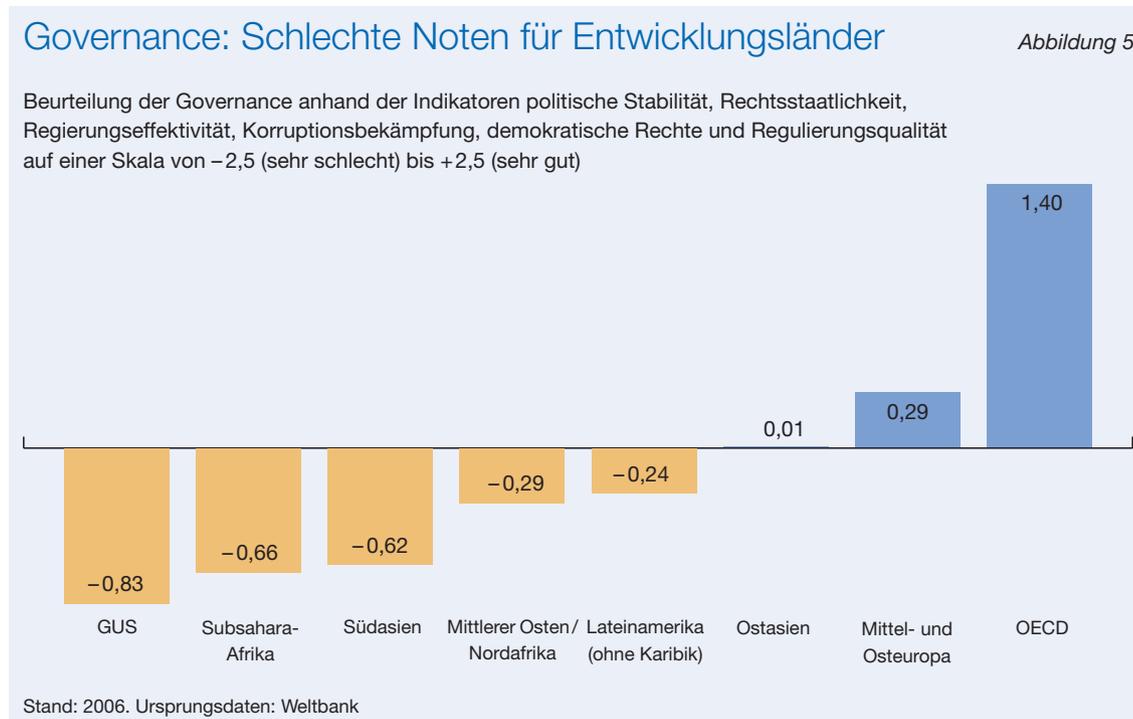
druck – die Handelsöffnung sollte also nicht überhastet angegangen werden. Und allzu oft wird übersehen, dass sich der Strukturwandel keineswegs nur auf die Wirtschaft beschränkt. Ein Land, das Ja sagt zum globalen Handel, öffnet sich immer auch für andere als rein ökonomische Veränderungen – sei es für kulturelle, gesellschaftliche oder politische.

Was nun die rein ökonomische Dimension der Globalisierung angeht, mangelt es vielen Entwicklungsländern noch immer an elementaren

Voraussetzungen. Dazu gehören Vertragsfreiheit, gesicherte Eigentumsrechte sowie ein funktionierendes Banken- und Finanzsystem. Hinzu kommen eklatante Mängel in der Infrastruktur: Während in den Hocheinkommensländern zum Beispiel rund 95 Prozent der Straßen asphaltiert sind, sind es in den armen Staaten nur gut 13 Prozent. Zu allem Überfluss machen unnötige Vorschriften (etwa unzählige Kontrollposten auf dem Landweg) den Transport zu den Häfen und die Abfertigung in den Häfen langwierig und teuer. Auch fehlt es vielerorts noch an einer ausreichenden und verlässlichen Strom-, Wasser- und Telefonversorgung.

► **Politikversagen in den Entwicklungsländern.** Ein Großteil der genannten Probleme ist

auf Politikversagen zurückzuführen. So wies zum Beispiel das Oxforder Komitee zur Linderung der Hungersnot (Oxfam) im Herbst 2007 darauf hin, dass afrikanische Machthaber zwischen 1990 und 2005 mehr als 200 Milliarden Euro für Kriege verschwendet haben, statt das Geld in die Armut- und Krankheitsbekämpfung zu stecken. Dies entspricht in etwa der Summe, die in diesem Zeitraum an Entwicklungshilfe nach Afrika geflossen ist. Tatsächlich ist das Politikversagen in Afrika besonders groß. Nach Angaben der Weltbank schneidet der schwarze Kontinent in Sachen demokratische Freiheit, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionskontrolle und politische Stabilität besonders schlecht ab – noch schlechter ist es um diese sogenannte Governance nur noch in den GUS-Staaten bestellt.



3.2 Teilweise berechtigte Kritik

In diesem Abschnitt geht es um jene Aspekte der Globalisierung, bei denen die Kritiker auf einem Auge blind sind. Zwar prangern sie zu Recht bestimmte (Fehl-)Entwicklungen an – übersehen dabei aber wichtige positive Seiten.

► **Auslandsinvestitionen vernichten Jobs.**

Wie schon in Kapitel 2 angedeutet, haben deutsche Unternehmen – wie ihre internationalen Konkurrenten auch – in den letzten Jahren immer wieder Arbeitsplätze in Niedriglohnländer verlagert. Im Einzelfall waren davon schon mal ein paar Tausend Jobs betroffen, und entsprechend laut fiel der öffentliche Aufschrei aus. Gleichwohl wird das Problem der Job-Verlagerung überzeichnet: Verschiedene Studien schätzen, dass deutsche Unternehmen seit Anfang der neunziger Jahre maximal 1 Prozent der Arbeitsplätze in die osteuropäischen EU-Beitrittsländer, die ja im Brennpunkt der Debatte stehen, verlagert haben. Verglichen mit den ungleich größeren positiven Beschäftigungseffekten durch die Globalisierung ist das eine verkraftbare Zahl.

Die verzerrte Wahrnehmung der positiven und negativen Effekte beruht nicht zuletzt auf einer Fehlinterpretation dessen, was die Unternehmen mit ihrem wachsenden Auslandsengagement bezwecken. In der Öffentlichkeit überwiegt der Eindruck, es gehe immer nur darum, die Kosten zu senken, also vor den hohen Arbeitskosten in Deutschland zu flüchten. Dieses Motiv spielt zwar auch eine Rolle, viel wichtiger ist jedoch ein anderes: die Absatzorientierung. Umfragen des DIHK

zeigen, dass die Unternehmen im Ausland hauptsächlich mit dem betriebswirtschaftlichen Ziel investieren, möglichst nahe am Kunden zu sein. Aus volkswirtschaftlicher Sicht wiederum kurbelt das am heimischen Standort die Exporte an, sichert und schafft also Arbeitsplätze.

Dass die Absatzorientierung mehr wiegt als das Kostenargument, zeigt auch ein Blick auf die regionale Verteilung der deutschen Direktinvestitionen: Im Jahr 2005 entfielen nur knapp 19 Prozent der finanziellen Beteiligungen deutscher Unternehmen auf Niedriglohnländer und -regionen wie China, Osteuropa und Südostasien – der größte Teil aber ging in Industrieländer wie die USA, Japan und die Mitgliedstaaten der einstigen EU-15, also jene Absatzregionen, in die auch ein Großteil der deutschen Exporte fließt.

Zudem sind auch kostenorientierte Verlagerungen nicht per se negativ. Studien zeigen, dass das Offshoring merklich zum deutschen Exporterfolg beigetragen hat, weil es die Unternehmen wettbewerbsfähiger macht. Unter dem Strich haben die Auslandsverlagerungen der deutschen Wirtschaft dem heimischen Standort keine negativen, sondern eher positive Beschäftigungseffekte gebracht.

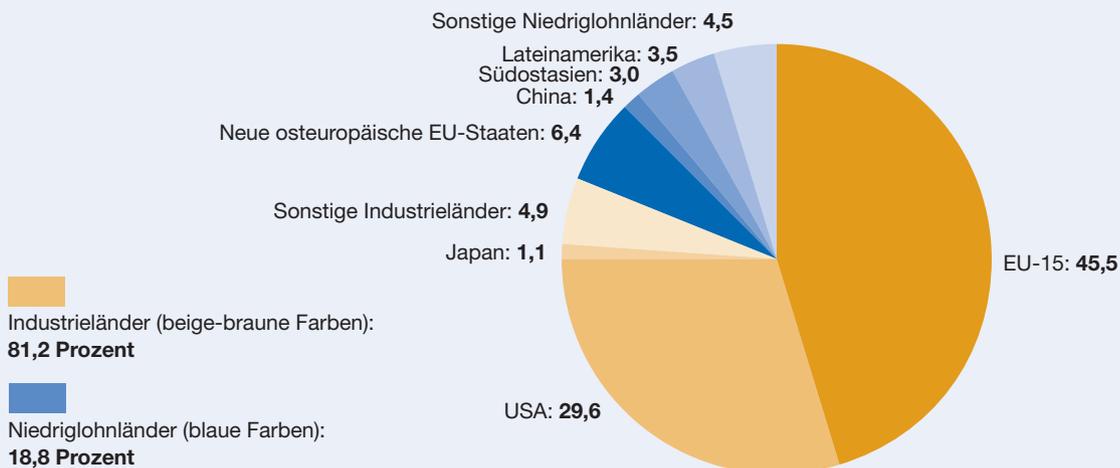
► **Schwellenländer als ruinöse Konkurrenten.**

Hier geht es um die vor allem in Deutschland wachsende Angst, aufstrebende Schwellenländer wie China könnten den etablierten Industrienationen schon bald den Rang ablaufen. Wie groß diese Sorgen sind, zeigt beispielhaft ein Buch des Spiegel-Redakteurs Gabor Steingart: In „Weltkrieg um Wohlstand – Wie Macht

Die Regionalstruktur deutscher Direktinvestitionen

Abbildung 6

Anteile an den Beständen des Jahres 2005, in Prozent



Ursprungsdaten: Deutsche Bundesbank

und Reichtum neu verteilt werden“ beschwört der Autor in düstersten Farben einen globalen Wirtschaftskrieg herauf, an dessen Ende China und Indien triumphieren, während die USA und Europa förmlich dahinsiechen.

Das Szenario klingt aber nur deshalb so erschreckend, weil Gabor Steingart von einer reichlich unrealistischen Annahme ausgeht – nämlich der, dass die Globalisierung ein Nullsummenspiel ist, bei dem also der eine gewinnt, was der andere verliert. Fakt ist jedoch, dass im Welthandel genau das Gegenteil passiert: Der Export-Kuchen wächst – und mit ihm die Ausfuhren der Industriestaaten, allen voran die des Exportweltmeisters Deutschland. Dass China den Deutschen diesen Titel wahrschein-

lich schon 2008 oder 2009 abnehmen wird, ist da kein Widerspruch. Denn zum einen ist das Reich der Mitte, nach Einwohnern gerechnet, rund 16-mal so groß wie die Bundesrepublik. Und zum anderen holt China im Konzert mit den anderen Schwellenländern immer mehr auf: Der Anteil dieser Länder (ohne die früheren Ostblockstaaten) an den weltweiten Exporten hat sich seit 1980 gut verdoppelt. Kurzum: Die Ausfuhren der Industrielande wachsen – aber die der Schwellenländer legen eben noch schneller zu.

Daran ist ganz und gar nichts auszusetzen, schließlich sind Wachstum und Entwicklung doch genau jene Vorteile, die für die Globalisierung sprechen. Wenn sich die etablierten

Industriestaaten angesichts des unaufhaltsamen Aufstiegs von China zuweilen verwundert die Augen reiben, dann liegt das eher an der ungewöhnlichen Art und Weise, mit der das Land in den Kreis der Top-Volkswirtschaften vorgeprescht ist: Gehören für den Westen Marktwirtschaft und Demokratie untrennbar zusammen, zeigt das Reich der Mitte, dass der Markt sogar im Kommunismus funktioniert.

Wenn Untergangsszenarien wie „Weltkrieg um Wohlstand“ überhaupt einen Sinn haben, dann den: Sie rütteln wach. Denn tatsächlich müssen sich die etablierten Industrienationen die Frage stellen, was passiert, wenn Länder wie China nicht mehr nur einfache Güter wie Textilien und Spielzeug exportieren, sondern kräftig

in Bildung und Forschung investieren und sich so auch an die Spitze des Innovationszuges setzen.

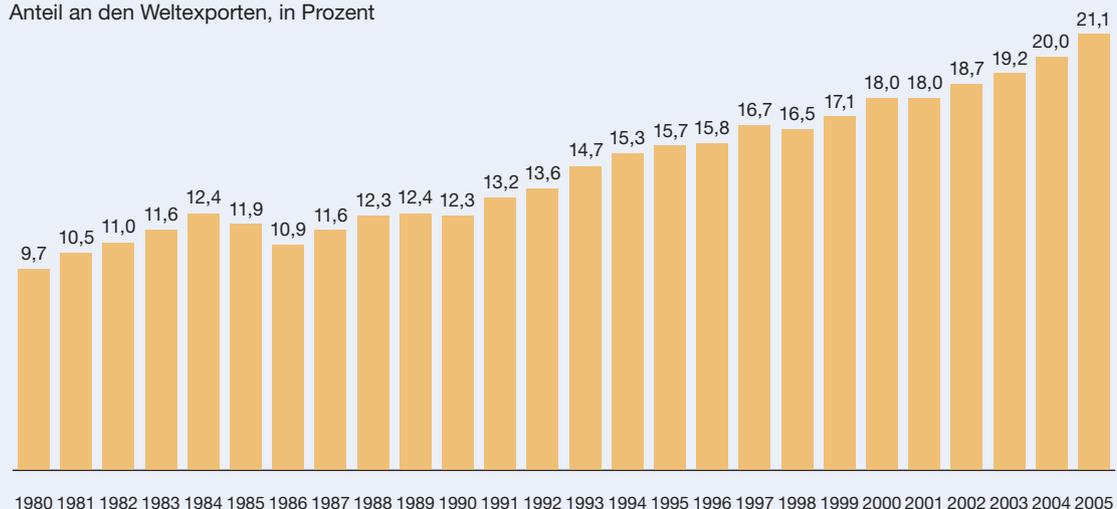
Schon heute haben China & Co. eine immense Zahl an gut qualifizierten Hochschulabsolventen, die noch dazu für einen Bruchteil der hiesigen Gehälter arbeiten. Doch die Sorge, dass Jobs von gut Qualifizierten aus Deutschland und anderen westlichen Industriestaaten bald in großer Zahl in Niedriglohnländer verlagert werden könnten, ist weitgehend unbegründet.

Nach einer Studie des McKinsey Global Institute (MGI) sind nur rund 10 Prozent der Young Professionals aus den Schwellenländern für multinationale Unternehmen geeignet; zum

Schwellenländer: Steigende Exporte

Abbildung 7

Anteil an den Weltexporten, in Prozent



Schwellenländer (ohne frühere Ostblockstaaten): Argentinien, Brasilien, Chile, China, Hongkong, Indien, Indonesien, Malaysia, Mexiko, Philippinen, Singapur, Südafrika, Südkorea, Thailand und Türkei; Weltexporte: nur Warenhandel, Hongkong und Singapur jeweils ohne Re-Exporte.
Quelle: WTO

einen, weil die Ausbildung vieler Hochschulabsolventen oft viel zu wenig auf westliche Anforderungen ausgerichtet ist, und zum anderen ist da noch immer die nicht zu unterschätzende Sprachbarriere.

Hinzu kommt: Dem knappen Angebot an Topqualifizierten in den Schwellenländern steht nicht nur eine immense Nachfrage aus diesen Ländern selbst gegenüber, auch multinationale Unternehmen suchen dringend Fachkräfte. Weil das zu schnell steigenden Löhnen führt, dürften die Lohnkostenvorteile der Schwellenländer in diesem Segment schneller als erwartet dahinschmelzen: Hochrechnungen zeigen, dass sich lohnbedingte Job-Verlagerungen in viele Länder schon in gut zehn Jahren nicht mehr lohnen könnten.

► **Geringqualifizierte sind die Verlierer der Globalisierung.** Richtig ist: Ungleichheit und Armut haben in Deutschland vor allem während der jüngsten Wirtschaftskrise zugenommen. Betroffen sind vor allem Geringqualifizierte. Daran ist auch die Globalisierung schuld, denn die Konkurrenz aus den Niedriglohnländern betrifft in erster Linie einfache Tätigkeiten. Geringqualifizierte bekommen dies zum einen in Form von Jobabbau zu spüren – die Arbeitslosigkeit dieser Gruppe liegt bei über 20 Prozent. Zum anderen übt die Niedriglohnkonkurrenz Druck auf die Löhne aus, sodass der Lohnabstand zwischen Gering- und Höherqualifizierten seit Mitte der neunziger Jahre gewachsen ist. Aktuelle Studien zeigen allerdings, dass dazu nicht nur die Globalisierung beigetragen hat, sondern vor allem die Rationalisierung von einfachen Tätigkeiten,

der Trend hin zu Dienstleistungen, die zunehmende Teilzeitbeschäftigung und die steigende Erwerbsbeteiligung der Frauen.

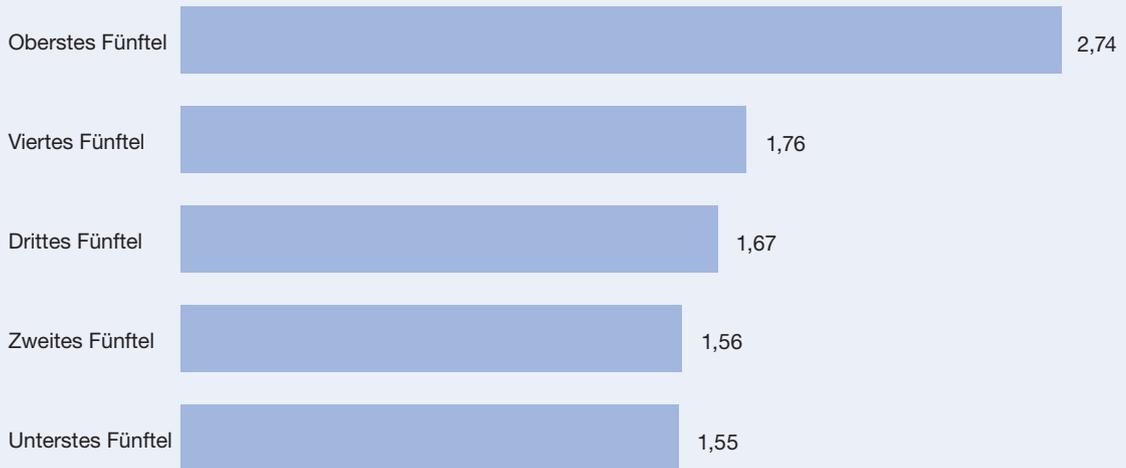
Soweit die schlechten Nachrichten für Geringqualifizierte. Doch es gibt auch gute: Andere Länder zeigen nämlich, dass Einkommen und Kaufkraft nicht automatisch sinken müssen. Im Gegenteil: In den Industrieländern insgesamt haben die realen Pro-Kopf-Einkommen der ärmsten 20 Prozent der Bevölkerung zwischen 1990 und 2000 inflationsbereinigt immerhin um 1,6 Prozent pro Jahr zugelegt. Und was die Arbeitslosigkeit der Geringqualifizierten betrifft, so liegt die Quote in den meisten Ländern deutlich unter 10 Prozent. Interessant ist zudem, dass sich im europäischen Vergleich kein statistischer Zusammenhang zwischen der Globalisierung und der Arbeitslosenzahl oder -quote von Geringqualifizierten zeigt. Das verwundert auch nicht, denn offensichtlich gibt es eine Art Zufluchtsbereich für Geringqualifizierte, in dem sie vor Globalisierung und Rationalisierungen weitgehend geschützt sind: ortsgebundene und personennahe Dienstleistungen wie zum Beispiel das Gastgewerbe, bestimmte haushaltsnahe Dienste sowie Hilfstätigkeiten aller Art.

Dass Deutschland im internationalen Vergleich schlechter abschneidet als das Ausland, ist also weniger der Globalisierung geschuldet, sondern liegt vielmehr an eigenen Versäumnissen und wirtschaftspolitischen Fehlern. Schon in den sechziger Jahren leistete sich die Bundesrepublik den Luxus, die Löhne von Geringqualifizierten immer wieder stärker steigen zu lassen als die Durchschnittseinkommen. Gemessen an den ohnehin hohen deutschen Arbeitskosten ist ein-

Einkommenszuwächse auch für Geringqualifizierte

Abbildung 8

Jahresdurchschnittliche Zunahme der realen Pro-Kopf-Einkommen in den Industrieländern nach Einkommensgruppen, im Zeitraum 1990–2000, in Prozent



Quelle: IWF

fache Arbeit dadurch bis in die neunziger Jahre hinein immer weniger rentabel geworden. Mitte der neunziger Jahre kam dann ein massiver Kostenschock hinzu – zum einen durch stark steigende Löhne, und zum anderen durch die massiv steigenden Sozialabgaben, mit denen die Kosten der Vereinigung finanziert wurden. Weil auch konsequente Arbeitsmarktreformen ausblieben, schlitterte die deutsche Wirtschaft nach der Jahrtausendwende in eine Wirtschaftskrise und die Arbeitslosigkeit verzeichnete immer neue Höchststände.

Infolge der zunehmenden Schere zwischen Brutto- und Nettolöhnen einerseits und wegen der Wachstumsschwäche und der Notwendigkeit, den Arbeitskostennachteil abzubauen

andererseits, konnten die Löhne nur mäßig steigen, sodass Geringqualifizierte Reallohneinbußen hinnehmen mussten. Inzwischen sehen die Perspektiven dank erfolgreicher Reformen aber schon viel besser aus: Mit höherer Beschäftigung und steigenden Einkommen dürften sich in den nächsten Jahren auch Armut und Ungleichheit wieder verringern.

► Die Macht multinationaler Unternehmen.

International agierende Konzerne stehen besonders in der Kritik. Die Nicht-Regierungsorganisationen (NGOs) werfen ihnen unter anderem vor, Arbeitnehmer in der Dritten Welt auszubeuten, die Entwicklungsländer in einen ruinösen Wettlauf um niedrige Arbeits- oder Umweltstandards zu treiben und – Höhepunkt dieser Vorwürfe –

inzwischen sogar mehr Macht zu haben als so manche nationale Regierung.

Tatsächlich hat es immer wieder Fälle gegeben, in denen multinationale Konzerne ihre Mitarbeiter in Entwicklungsländern schlecht behandelt, mit korrupten Regimen zusammengearbeitet oder massiv die Umwelt verschmutzt haben. Als prominente Beispiele dafür gelten etwa Nike und seine Arbeitsbedingungen in Südostasien oder die Unternehmenspolitik von Shell in Nigeria. Doch so beklagenswert diese Begebenheiten auch sind – es sind Einzelfälle, mehr nicht.

Wissenschaftliche Studien bestätigen das. Sie zeigen, dass multinationale Unternehmen ihren Arbeitnehmern in den Entwicklungsländern in aller Regel deutlich bessere Arbeitsbedingungen und höhere Löhne bieten als die heimischen Unternehmen. Auch lässt sich nachweisen, dass internationale Konzerne gerade nicht in jenen Ländern investieren, in denen demokratische Rechte mit Füßen getreten und Arbeitsstandards kaum eingehalten werden. Warum sollten sie auch? In solchen Staaten fehlt es meist an allem, was für den Erfolg einer Investition unabdingbar ist: gut ausgebildete Menschen, politische Stabilität, Rechtssicherheit und Eigentumsschutz. Auch die vermeintlichen Einsparungen beim Umweltschutz können diese Nachteile nicht wettmachen: Zwar sind die Umweltauflagen in den Entwicklungsländern meist wesentlich geringer als in den Industriestaaten, doch ihr Anteil an den Gesamtkosten ist in aller Regel viel zu niedrig, um damit milliardenschwere Investitionen zu rechtfertigen.

Ein Blick auf die Statistik der weltweiten Direktinvestitionen unterstreicht diesen Befund.

Demnach sind zwei Drittel der Investitionen in den Industrieländern angelegt und ein gutes weiteres Viertel geht in Schwellenländern wie Hongkong, China, Mexiko, Brasilien, Singapur, Russland, Polen, Chile, Südafrika, Südkorea und Ungarn. Von China abgesehen, fallen die meisten dieser Länder nicht durch besonders schlechte oder gar sinkende Arbeits- und Sozialstandards auf.

Das beste Argument gegen die angebliche Allmacht multinationaler Konzerne aber bieten die NGOs selbst. Nichtstaatliche Organisationen wie Greenpeace und amnesty international sind heute nicht nur in der Öffentlichkeit hoch angesehen, sie werden auch auf dem politischen Parkett weitgehend akzeptiert und respektiert. Das verleiht ihnen eine gehörige Portion Macht und Einfluss – genug jedenfalls, um im Ernstfall auch Weltunternehmen wie Nike oder Shell an den Pranger zu stellen und zum Einlenken zu bewegen. Es sei dahingestellt, warum es dazu oft erst spektakulärer Aktionen von Greenpeace oder massiver Käuferstreiks bedarf – fest steht: Gerade die großen Konzerne können es sich heute nicht mehr ungestraft erlauben, gegen Umwelt- oder Arbeits- und Sozialstandards zu verstoßen.

Auf ziemlich wackligen Beinen steht auch die These von der angeblichen Ohnmacht der Politik gegenüber den multinationalen Unternehmen. Dass dem nicht so ist, bewies zum Beispiel die EU-Kommission: Im Februar 2008 verhängte sie gegen den Software-Riesen Microsoft wegen eines Verstoßes gegen das Wettbewerbsrecht

eine Rekordstrafe von rund 900 Millionen Euro – zusammen mit früheren Strafen musste der Weltmarktführer inzwischen schon fast 1,7 Milliarden Euro an Geldbußen bezahlen.

► **Finanzmärkte als Krisenverursacher.** Globalisierungskritiker vergleichen die Finanzmärkte gerne mit einem Spielkasino, wo Spekulanten versuchen, ihr Geld zu vervielfachen, indem sie auf Aktien, Zinsen oder Wechselkurse wetten und dabei sogar ganze Staaten an den Rand des Abgrunds bringen können. Der jüngste Fall – die Finanz- und Bankenkrise in den USA – gilt vielen als Paradebeispiel für diese rücksichtslose „Zocker-Mentalität“. Und tatsächlich ist diese Krise ausgesprochen lehrreich. Sie zeigt nämlich gleich zweierlei: Das, was wirklich mit der Globalisierung zu tun hat – und das, was nichts oder nur sehr wenig damit zu tun hat.

Fangen wir mit Letzterem an: Das fragwürdige Geschäftsgebaren der US-Hypothekenbanken (und aller anderen Beteiligten) kann nun wirklich

nicht der Globalisierung angelastet werden. Die Krise ist vielmehr hausgemacht und offenbart gravierende Mängel im Finanzsystem sowie in der Unternehmenskontrolle. Denn dass die Bankmanager unverantwortlich hohe Risiken eingegangen sind und nach dem Crash zum Teil auch noch hohe Millionenabfindungen kassiert haben, geht vor allem auf fragwürdige Entgeltsysteme und mangelnde Kontrolle der Manager durch die Aufsichtsräte zurück. Auch die Finanzaufsicht hat Schwächen gezeigt.

Etwas anders sieht die Sache aus, wenn man die Folgen der Finanz- und Bankenkrise betrachtet. Dass eine regionale Krise wie die auf dem US-Immobilienmarkt rund um den Globus zahlreiche Banken an oder in den Abgrund treibt, war in der Tat nur möglich, weil das Finanzsystem weitgehend globalisiert ist. Wie in vielen anderen Bereichen auch geht es allerdings viel zu weit, die Verantwortung für Fehlentwicklungen allein der Globalisierung in die Schuhe zu schieben – auch die Krisenländer selbst tragen eine erhebliche Mitschuld, wie etwa das Missmanagement einiger deutscher Staatsbanken zeigt.

So war es auch bei den großen Währungs- und Finanzkrisen während der neunziger Jahre. Dass zum Beispiel vor zehn Jahren in Asien viele Länder zeitweise kurz vor dem Staatsbankrott standen, lag in erster Linie an einer falschen Wechselkurspolitik und gravierenden Missständen im Finanz- und Unternehmenssektor – mal fehlte eine funktionierende Bankenaufsicht, mal flossen ausländische Gelder in bankrotte Firmen, dann wieder haperte es am Bilanzrecht oder an aussagekräftigen Daten

zu Schulden, Subventionen und Währungsreserven. Im Grunde hat die Globalisierung diese nationalen Schwachstellen lediglich offengelegt.

Hinzu kommt, dass der globale Finanz- und Kapitalmarkt lange Zeit entweder falsch oder aber unzureichend reguliert war. Das führte zum Beispiel dazu, dass internationale Banken auf der Suche nach hohen Zinsen vor allem kurzfristige Gelder in die Schwellenländer pumpten, ohne eine ausreichende Risikovorsorge zu treffen. Als es dann zu kriseln begann, zogen sie ihre Kredite von heute auf morgen wieder ab.

Solche systemimmanenten Fehlanreize sind inzwischen weitgehend beseitigt. Eine Garantie, dass solche Krisen künftig ausbleiben, gibt es dennoch nicht – dazu ist die Welt nun einmal zu unsicher. Tröstlich ist aber, dass auch die Schwellenländer aus ihren Fehlern gelernt haben: Die meisten haben ihren Banken- und Unternehmenssektor auf sicherere Füße gestellt, sie haben Währungsreserven angelegt, Wechselkurse flexibilisiert, ihre Inflation im Griff und

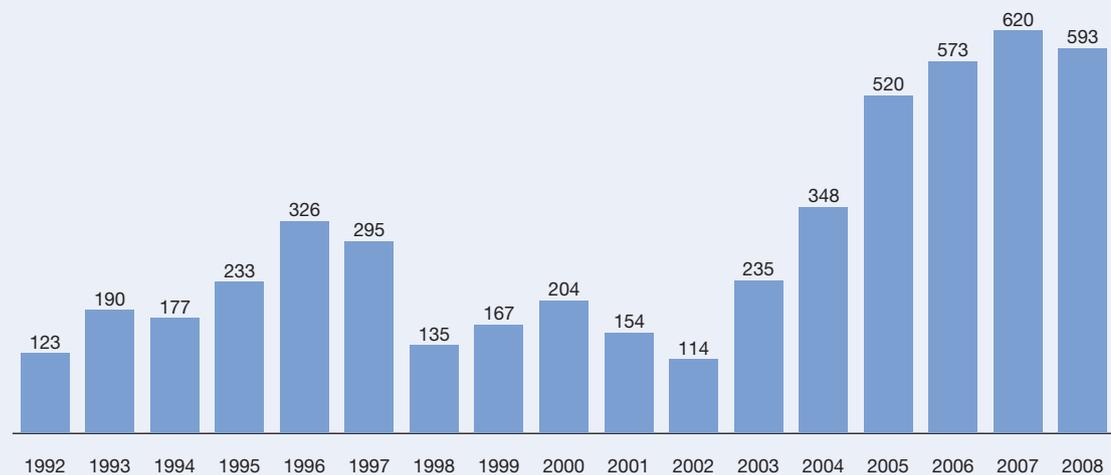
die Staatdefizite gesenkt. Und auch wenn der Reformbedarf noch keineswegs vollständig abgearbeitet ist – das internationale Kapital macht um die Schwellenländer längst keinen Bogen mehr: Hatten sich die privaten Nettokapitalzuflüsse von 1996 bis 2002 um fast zwei Drittel auf 114 Milliarden US-Dollar verringert, so sind sie mittlerweile wieder auf rund das 5-Fache gestiegen. Auch die aktuelle Finanzkrise kann den Kapitalströmen in die Schwellenländer erstaunlich wenig anhaben.

► **IWF und Weltbank – nicht ohne Fehler, aber nötig.** Wenig bringt eingefleischte Globalisierungskritiker so in Rage wie die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF). Die harsche Kritik an den beiden Organisationen gipfelt in dem Vorwurf, sie folgten blindlings neoliberalen Zielen, glaubten also zu sehr an das Funktionieren der Märkte und erwiesen damit so manchem Land einen Bärendienst – statt Krisen zu meistern, hätten Weltbank und IWF sie mit ihren rigiden Eingriffen noch verstärkt.

Schwellenländer: Das Kapital fließt wieder

Abbildung 9

Private Nettokapitalzuflüsse, in Milliarden US-Dollar



2007: Schätzung; 2008: Prognose; Schwellenländer: China, Indien, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Südkorea, Thailand, Argentinien, Brasilien, Chile, Kolumbien, Ekuador, Mexiko, Peru, Uruguay, Venezuela, Bulgarien, Tschechien, Ungarn, Polen, Rumänien, Russische Föderation, Slowakei, Türkei, Ukraine, Algerien, Ägypten, Marokko, Südafrika, Tunesien.
Quelle: Institute for International Finance

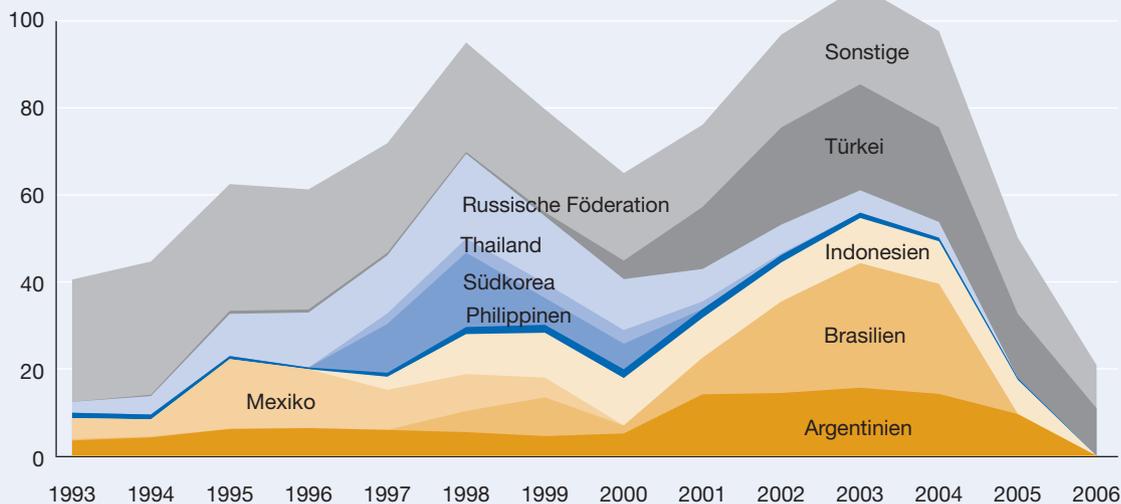
Ein Blick zurück auf die Finanzkrisen der neunziger Jahre zeigt, dass manche Vorwürfe durchaus berechtigt sind. Im Kern lag der Fehler des Währungsfonds darin, Ländern wie Thailand, Mexiko oder Argentinien vorschnell (sprich unvorbereitet) zu einer Öffnung ihrer Kapitalmärkte geraten zu haben. Und als die Krisen dann da waren, hat der IWF seine Hilfskredite nur gegen sehr strikte Auflagen vergeben – und damit den Abwärtstrend teilweise noch verstärkt. Als fragwürdig gilt heute auch die damalige IWF-Strategie, gerade armen Entwicklungsländern im Krisenfall harte Sparauflagen abzuverlangen, deren Umsetzung dann ausgerechnet zulasten der Bildung und der Gesundheit ging – und damit oft auf Kosten der Armen.

Inzwischen aber haben sowohl der IWF als auch die Weltbank ihre Fehler eingesehen und ihren Institutionen Reformen verordnet. Heute achten beide Institutionen mehr darauf, welche Armutswirkungen ihre Kreditaufgaben eventuell haben. Zudem ist der Währungsfonds dabei, die Gewichtung der Stimmrechte an die aktuelle wirtschaftliche Rolle seiner Mitgliedsländer anzupassen, sprich die amerikanisch-europäische Dominanz etwas zu verringern.

Vielen Schwellenländern gehen die Reformen aber nicht weit und nicht schnell genug. Um ihre Abhängigkeit vom IWF zu verringern, haben sie ihre Hilfskredite vorzeitig zurückgezahlt – außer der Türkei hat heute kein Land mehr einen nennenswerten Schuldenberg. Asien und zuletzt

Internationaler Währungsfonds: Kaum noch Großschuldner Abbildung 10

Ausstehende Kredite, in Milliarden US-Dollar



Vorzeitige Rückzahlung der IWF-Schulden durch Argentinien, Brasilien, Indonesien, Philippinen, Russische Föderation, Südkorea und Thailand.
 Ursprungsdaten: IWF

auch Lateinamerika sind zudem dabei, eigene Hilfsfonds aufzubauen. Allerdings ist es fraglich, ob diese Gelder bei einer erneuten Finanzkrise größeren Ausmaßes reichen würden, alle Begehrlichkeiten zu decken. Noch ungewisser ist, ob beispielsweise das ölfreiche Venezuela überhaupt bereit wäre, einem Land wie Argentinien zweistellige Milliardenbeträge mit dem Risiko zu leihen, zumindest Teile davon nie wiederzusehen. Schon aus diesen Gründen dürfte der IWF auch weiterhin als Retter in der Not gebraucht werden.

Gegen eine Abschaffung von IWF und Weltbank spricht aber vor allem die disziplinierende Wirkung der beiden Organisationen. Solange die Fehler der Vergangenheit nicht wiederholt wer-

den, ist es sehr wichtig, Hilfskredite auch weiterhin an Bedingungen zu knüpfen. Denn damit hat die internationale Staatengemeinschaft die Möglichkeit, auf jene Länder einen gewissen Druck auszuüben, deren oft undemokratische Regierungen keine Anstalten machen, ihre Politik auf Wachstum und Armutsbekämpfung auszurichten und sich stattdessen lieber selbst bereichern. Dieses wirksame Instrument sollte nicht ohne Not aus der Hand gegeben werden. Damit allerdings wirklich sinnvolle Reformen unterstützt und begleitet werden, müssen IWF und Weltbank ihren Kurs der Neuorientierung konsequent fortsetzen.

3.3 Weitgehend unberechtigte Kritik

Im letzten Abschnitt geht es um Globalisierungsthemen, die zu Unrecht kritisiert werden. Auf diese Weise werden in der Bevölkerung überzogene Ängste geschürt und die Globalisierung mutiert zum Sündenbock für Entwicklungen, die es entweder gar nicht gibt oder deren Ursachen ganz woanders liegen.

► **Wettlauf um niedrige Steuern und Sozialausgaben.** Der Vorwurf lautet, die zunehmende Mobilität von Finanzkapital und Unternehmen dränge die Industrieländer in einen „race to the bottom“: Weil jedes Land möglichst viele Investitionen anziehen wolle, würde ein Wettlauf um die niedrigsten Gewinnsteuern und Sozialstan-

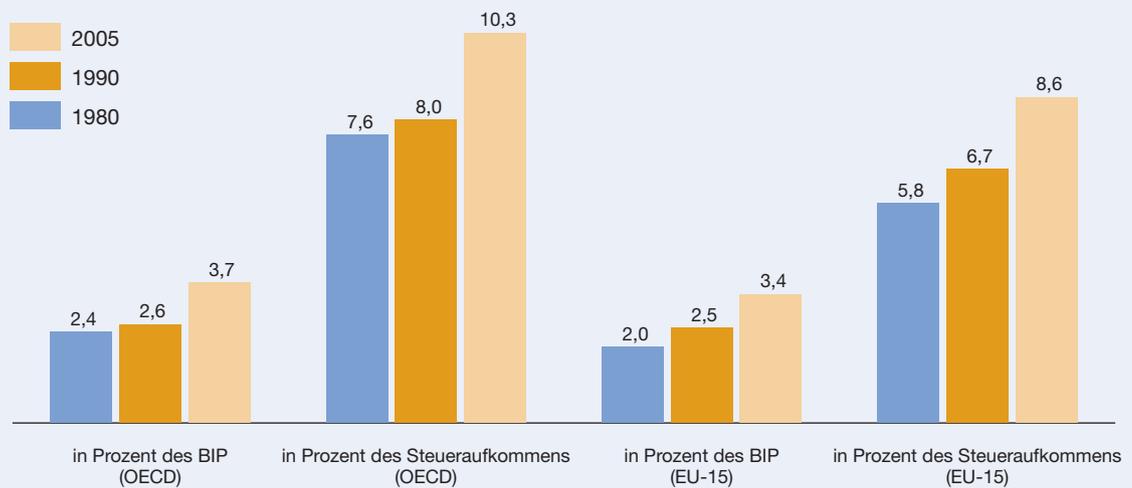
dards in Gang gesetzt – und die Zeche dafür zahle der Verbraucher.

Dieser Vorwurf lässt sich allerdings weder theoretisch noch empirisch belegen. Zunächst die Fakten: Richtig ist, dass die Steuersätze auf Gewinne (aber auch auf Einkommen) in vielen Ländern stark gesenkt worden sind. Gleichzeitig wurde aber auch die Bemessungsgrundlage verbreitert, zum Beispiel über strengere Abschreibungsbedingungen. Zusammen mit dem ordentlichen Wachstum der Unternehmensgewinne haben diese Effekte bei den Kapitalgesellschaften zu einem wenig überraschenden Ergebnis geführt: Ob an der Wirtschaftsleistung gemessen oder am gesamten Steueraufkommen – langfristig gesehen ist der

Unternehmenssteuern: Nicht weniger, sondern mehr

Abbildung 11

Gewinnsteuern von Kapitalgesellschaften ...



Kapitalgesellschaften: in Deutschland Aktiengesellschaften und GmbHs, also tendenziell größere Unternehmen, die eher die Option der Abwanderung haben.
Quelle: OECD

Anteil der Gewinnsteuern sowohl OECD-weit als auch EU-weit nicht gesunken, sondern gestiegen. So trugen die Kapitalgesellschaften in der EU-15 im Jahr 1980 erst 5,8 Prozent zum gesamten Steueraufkommen bei, zehn Jahre später waren es bereits 6,7 Prozent, und im Jahr 2005 war ihr Anteil sogar auf 8,6 Prozent gestiegen.

Auch die These von generell sinkenden Sozialausgaben ist bei genauerem Hinsehen falsch. Wie das Statistische Amt der EU (Eurostat) im Jahr 2007 ausgerechnet hat, ist der Anteil der Sozialausgaben an der Wirtschaftsleistung in Deutschland langfristig sogar leicht gestiegen, von 28,8 Prozent im Jahr 1980 auf 29,5 Prozent im Jahr 2004. Noch stärker waren die Zuwächse in Italien, Frankreich, Großbritannien, Österreich und Dänemark – von einem Wettlauf um möglichst niedrige Sozialausgaben kann also keine Rede sein.

Entgegen der weitverbreiteten Meinung hat die Wirtschaft auch gar kein Interesse daran, dass Steuern und Sozialabgaben ohne Unterlass gesenkt werden. Denn die Unternehmen wissen natürlich, dass der Staat ohne dieses Geld auch nicht jene Rahmenbedingungen schaffen kann, die sie für einen nachhaltigen wirtschaftlichen Erfolg brauchen: Ein hohes Bildungsniveau, eine gute Infrastruktur, ein verlässliches Rechtssystem und sozialer Frieden sind unerlässliche Voraussetzungen für erfolgreiches Wirtschaften. Wenn deutsche Unternehmen, Arbeitgeberverbände oder Wirtschaftsforschungsinstitute seit einigen Jahren trotzdem nach niedrigeren Steuern und Sozialabgaben rufen, dann haben sie dafür triftige Gründe.

Beispiel Gesundheitswesen: Die Krankenkassenbeiträge werden je zur Hälfte von Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen. Für die Unternehmen sind diese Beiträge Lohnzusatzkosten, sprich Teil ihrer Arbeitskosten. Steigen nun die Beiträge, dann erhöhen sich auch die Lohnzusatzkosten – also werden Arbeit und Produktion teurer und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen gegenüber ihrer ausländischen Konkurrenz sinkt. Das Absurde an diesem Mechanismus: Deutschland leistet sich zwar eines der teuersten Gesundheitswesen der Welt – was die medizinische Versorgung und Qualität angeht, schneidet die Bundesrepublik aber nicht besser ab als viele Länder, die ihr Gesundheitswesen mit deutlich weniger Geld finanzieren. Wenn Wirtschaft und Wirtschaftswissenschaft also niedrigere Krankenkassenbeiträge verlangen, dann tun sie das nicht, um den Sozialstaat zu demontieren, sondern allein deshalb, weil das gleiche Niveau offensichtlich auch mit weniger Geld zu haben ist. Der Ruf nach einem „schlanken“ Staat, sprich weniger Steuern und Sozialabgaben, ist also nichts anderes als der Ruf nach mehr Effizienz.

► **Die Globalisierung und das Ende der Arbeit.**

Spätestens seit der Erfindung von Robotern und Computern grassiert nicht nur unter Globalisierungskritikern die Vorstellung, der Menschheit gehe nach und nach die Arbeit aus. Diese Sorge ist aus der Sicht des Einzelnen durchaus verständlich, entbehrt aber gesamtwirtschaftlich gesehen jeder Grundlage. Zwar gehen überall auf der Welt tatsächlich regelmäßig Arbeitsplätze verloren – zum Beispiel, weil ganze Branchen aussterben. Wahr ist aber auch, dass

gleichzeitig neue Jobs entstehen – zum Beispiel, weil neue Branchen geboren werden.

Jenseits des tagesaktuellen Auf und Ab auf dem Arbeitsmarkt sieht die langfristige Beschäftigungsbilanz jedenfalls ausgesprochen gut aus: Seit 1985 sind in den Industrieländern rund 25 Prozent oder mehr als 86 Millionen Arbeitsplätze zusätzlich entstanden – und auch in Deutschland kamen rund 11 Prozent neue Jobs hinzu.

Skeptiker kontern diese Zahlen mit dem Argument, dass es immer mehr Teilzeitbeschäftigte gibt und zudem die Arbeitszeit in vielen Ländern verkürzt wurde – dass also insgesamt die geleistete Arbeitszeit weniger stark zugenommen hat. Doch das stimmt nur bedingt: Seit 1985 ist auch

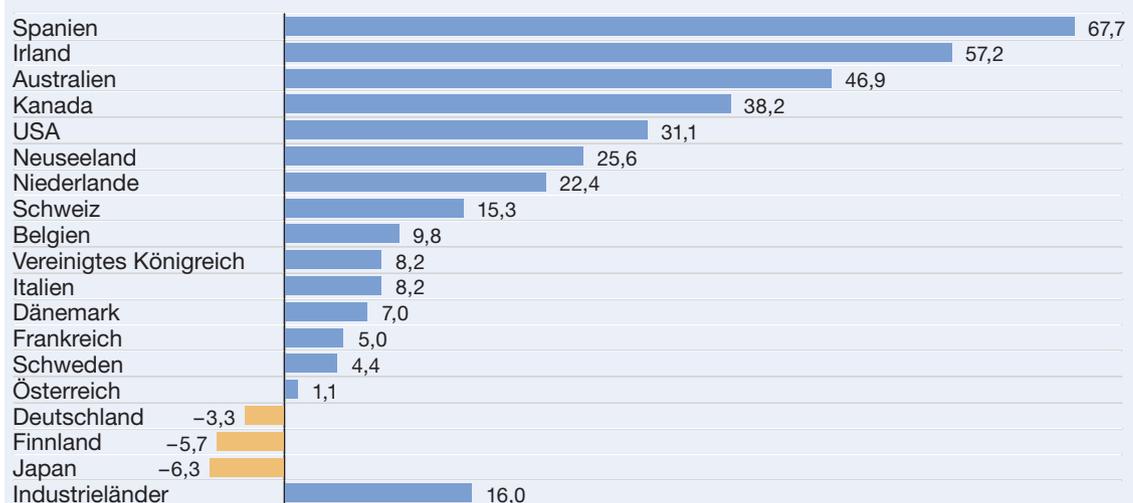
das Arbeitsvolumen in den Industrieländern insgesamt um 16 Prozent gestiegen, davon profitierten die einzelnen Volkswirtschaften jedoch unterschiedlich stark. Während Länder wie Spanien, Irland und die USA auf Zuwachsraten von 30 bis fast 70 Prozent kamen und auch kleine Staaten wie die Niederlande (22 Prozent) und die Schweiz (15 Prozent) noch zweistellige Zuwächse verbuchten, ist das Arbeitsvolumen in Deutschland leicht um rund 3 Prozent gesunken. Neben der Bundesrepublik mussten nur noch Finnland und Japan einen Rückgang ihres Arbeitsvolumens hinnehmen – von einem generellen Trend kann also keine Rede sein.

An diesem Befund ändert auch die Tatsache nichts, dass die westlichen Arbeitsmärkte seit

Industrieländer: Kein Ende der Arbeit in Sicht

Abbildung 12

Veränderung des Arbeitsvolumens, im Zeitraum 1985–2006, in Prozent



Deutschland: vor 1991 nur Westdeutschland.
 Ursprungsdaten: The Conference Board; Groningen Growth and Development Centre

1995 unter verstärktem Konkurrenzdruck aus China und Osteuropa stehen: Es gibt in den europäischen Industrieländern keinen statistischen Zusammenhang zwischen der Zunahme der Niedriglohnkonkurrenz und dem Niveau oder der Entwicklung der Arbeitslosigkeit. Das gilt auch, wenn man weitere Einflussfaktoren der Arbeitslosigkeit wie Wachstum, Konjunktur und Arbeitsmarktflexibilität einbezieht. Die Arbeitsmarktmisere in Deutschland war folglich in erster Linie hausgemacht.

Die schwache Lohnentwicklung in Deutschland kann ebenfalls nicht der Globalisierung angelastet werden. Denn in anderen Ländern sind die realen Nettolöhne (unter Berücksichtigung staatlicher Transfers wie etwa dem Kindergeld) deutlich stärker gestiegen als in Deutschland. Während ein lediger Industriearbeiter hierzulande zwischen 1996 und 2004 auf einen Zuwachs von nur 6 Prozent kam, betrug die Steigerung des realen Nettolohns in den Niederlanden knapp 12 Prozent, in Schweden gut 17 Prozent, in Dänemark fast 18 Prozent und in Großbritannien sogar 21 Prozent.

► **Steigende Exporte, sinkender Wohlstand.**

Seit einigen Jahren sorgen immer wieder Wirtschaftsmeldungen für einige Verwirrung: Auf der einen Seite ist von Exportrekorden die Rede, auf der anderen Seite von Massenentlassungen und steigender Arbeitslosigkeit. So mancher Kommentator zieht daraus den Schluss, das eine bedinge das andere – je mehr exportiert werde, desto stärker steige die Arbeitslosigkeit.

Die Theorie vom „pathologischen Exportboom“ ist auch deshalb so populär, weil sie sogar von

manchen Ökonomen vertreten wird. Danach führt die Konkurrenz durch Niedriglohnländer dazu, dass in Industrienationen wie Deutschland der Druck auf die Löhne steigt. Weil es aber hierzulande so gut wie nie zu Lohnsenkungen kommt (sondern allenfalls zu geringeren oder ausbleibenden Lohnsteigerungen), kann dieser Druck – so die These – nur über eine steigende Arbeitslosigkeit abgebaut werden. Parallel dazu exportiert Deutschland vor allem hochwertige Maschinen und Anlagen, also Waren, zu deren Herstellung viel Kapital, aber nur relativ wenig menschliche Arbeitskraft gebraucht wird. Der Wegfall von einfacher Arbeit durch den Import von Waren aus den Niedriglohnländern kann demzufolge nicht durch den Aufbau von exportbedingten Arbeitsplätzen kompensiert werden – und der Wohlstand sinkt.

So weit die Theorie. Die Praxis aber sieht ein wenig differenzierter aus: Richtig ist sicherlich, dass ein Land mit einem unflexiblen Arbeitsmarkt auf globalisierten Märkten mehr Schwierigkeiten hat als nötig. Doch liegt die Arbeitslosigkeit in diesem Fall vor allem an einer verfehlten Wirtschaftspolitik. Nicht umsonst wird in Deutschland zwischen Politikern, Gewerkschafts- und Wirtschaftsvertretern seit Jahren darum gerungen, starre Regelungen wie zum Beispiel den Kündigungsschutz zu lockern. Das klingt in den Ohren vieler Globalisierungskritiker zwar nach willkürlichem „hire and fire“, ist aber bei näherem Hinsehen das genaue Gegenteil: Denn wenn es einer Firma schwer gemacht wird, sich in wirtschaftlich schlechten Zeiten von dem einen oder anderen Mitarbeiter zu trennen, dann stellt sie diese Mitarbeiter erst gar nicht ein.

Ähnlich beschäftigungsfeindlich sind zu hohe Mindest- oder Tariflöhne: Natürlich wäre es für die Betroffenen von Vorteil, wenn auch einfachste Arbeiten mit einem Stundenlohn von 10 Euro oder mehr bezahlt werden könnten – wenn das Produkt dieser Arbeit aber nur 4 oder 5 Euro einbringt, dann kann das nicht funktionieren. Niedrige, sprich an der Produktivität der Beschäftigten orientierte Löhne sind also keine Ausbeutung, sondern die einzige Möglichkeit, vielen geringqualifizierten Menschen heute überhaupt noch einen Arbeitsplatz zu bieten. Wie (und dass) das funktioniert, zeigen die Hartz-IV-Reformen: Innerhalb weniger Jahre sind rund eine Million Arbeitsplätze entstanden – und wenn diese ihren Mann oder ihre Frau nicht ernähren können, springt der Staat in die Bresche.

Völlig unhaltbar wird die These vom „pathologischen Exportboom“, wenn man die sogenannten Terms of Trade betrachtet, die nach der Theorie konstant bleiben müssten. Die Terms of Trade sind eine Maßzahl für das Austauschverhältnis zwischen den Ex- und Importen eines Landes. Die Terms of Trade – und mit ihnen der Wohlstand – verschlechtern sich, wenn die Preise der Importgüter schneller steigen als die der Exportgüter. An dieser Elle gemessen, ist die deutsche Bilanz eindeutig positiv: Seit 1991 sind die Terms of Trade im Handel mit Industriewaren nämlich um rund 15 Prozent gestiegen. Das heißt: Weil sich die deutschen Exportpreise besser entwickelt haben als die Importpreise, ist Deutschland reicher geworden, nicht ärmer.

Und mit noch einem Vorurteil gilt es aufzuräumen: Die Tatsache, dass zum Beispiel in deutschen Autos inzwischen ein gehöriger Anteil an ausländischen Zulieferungen steckt, wird zuweilen als Indiz dafür gewertet, Deutschland verkomme zu einer Art Basar-Ökonomie – also zur Durchreiche für ausländische Produkte. Zwar stimmt es, dass der Importanteil an den deutschen Exporten zwischen 1995 und 2006 von 31 auf 45 Prozent zugenommen hat. Richtig ist aber auch, dass die deutschen Exporte in diesem Zeitraum um mehr als 90 Prozent gestiegen sind – nicht zuletzt gerade deshalb, weil sie durch den höheren Anteil günstiger Importe wettbewerbsfähiger geworden sind. Mit anderen Worten: Der Anteil der heimischen Produktion an den Exporten ist zwar geschrumpft, deren

absoluter Wert aber deutlich gestiegen. Etwas plakativer ausgedrückt: Das heutige kleinere Stück vom größeren Export-Kuchen wiegt mehr als das damalige größere Stück vom kleineren Export-Kuchen.

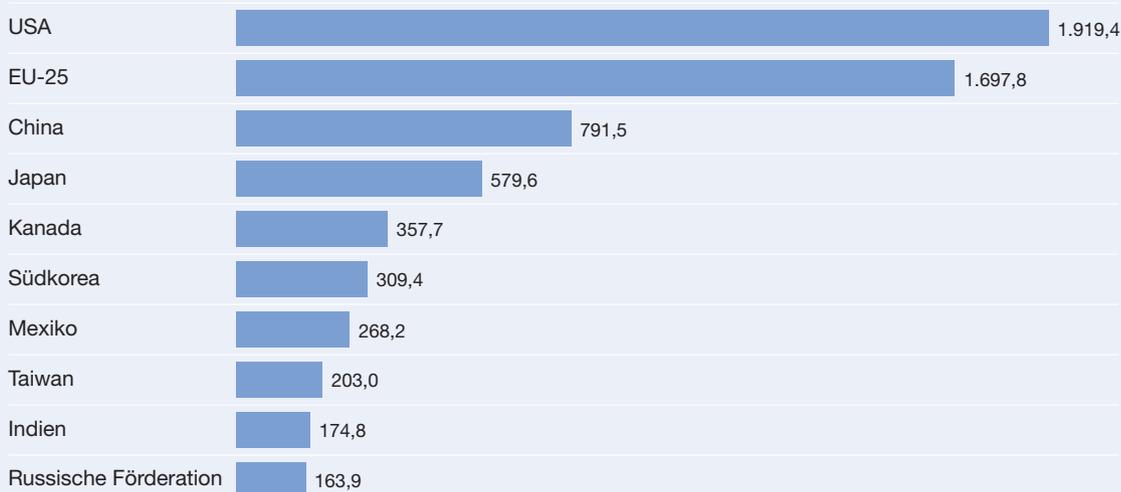
► **Feinbild WTO.** Die Welthandelsorganisation (WTO) gilt manchen Kritikern als undemokratisch, weil sie von wenigen großen Industrieländern dominiert werde – insbesondere manche Nicht-Regierungsorganisationen würden die 152 Mitgliedstaaten zählende Organisation am liebsten sofort abschaffen.

Der Vorwurf, nicht demokratisch zu sein, schießt allerdings weit über das Ziel hinaus. Sicherlich haben große Staaten – zu denen übrigens auch

Welthandel: Die größten Importeure

Abbildung 13

Warenimporte 2006, in Milliarden US-Dollar



Quelle: WTO

China gehört – aufgrund ihres Binnenmarktes eine größere Verhandlungsmacht als kleinere Länder mit einem geringen Importpotenzial. Da bei Verhandlungen über den Abbau der Handelsbarrieren in der WTO vor allem über einen besseren Zugang zu ausländischen Märkten verhandelt wird, sind Ungleichgewichte zwischen den Verhandlungspartnern somit unvermeidlich.

Doch obwohl die kleinen Länder in der WTO nicht den Ton angeben, räumt ihnen das Regelwerk formell das gleiche Stimmengewicht ein wie den großen Industriestaaten. Denn in der WTO gilt das Konsensprinzip: Alle Länder müssen einem Vorschlag zustimmen – somit hat jeder Staat ein Veto-Recht und kann von den anderen zu nichts gezwungen werden. Darüber hinaus sind die Regeln auch einklagbar. So hat beispielsweise Brasilien die EU und die USA wegen zu hoher Agrarsubventionen vor das Schlichtungskomitee der WTO zitiert und Recht

bekommen: Sowohl die Europäer als auch die Nordamerikaner müssen ihre Subventionspraxis ändern. Die Nicht-Regierungsorganisation Oxfam feierte diese Entscheidung denn auch als einen „Triumph für die Entwicklungsländer“.

Dass die Welt ohne WTO wesentlich komplizierter und ungerechter wäre, zeigen die aktuellen Verwerfungen der sogenannten Doha-Runde: Im Jahr 2001 beschlossen die Wirtschafts- und Handelsminister der WTO-Mitgliedstaaten in Doha ein umfangreiches Verhandlungsbündel, das bis 2005 abgeschlossen sein sollte. Weil daraus aber bis heute nichts geworden ist, sind die großen Industriestaaten und viele andere Länder dazu übergegangen, ihre Handelspolitik jeweils auf bilateraler Ebene zu regeln. Die Nachteile sind gravierend:

– Die Handelsregeln werden zu einem unübersehbaren Gewirr aus Verträgen zwischen jeweils nur zwei Partnern. Dadurch steigen die

Kosten – insbesondere für kleinere Unternehmen und Firmen aus Entwicklungsländern.

- Wenn ein Industrieland mit einem Schwellenland bilateral verhandelt, ist das Machtungleichgewicht ungleich größer als bei Verhandlungen unter dem Dach der WTO. So haben zum Beispiel die USA im Alleingang Chiles Möglichkeit eingeschränkt, Kapitalverkehrskontrollen zu nutzen und sich so besser vor Finanzkrisen zu schützen.

► **Entwicklungsländer sind per se Verlierer.**

Warum dieses Vorurteil nicht zutrifft, haben wir bereits im Abschnitt „Weitgehend berechtigte Kritik“ erörtert: Dass insbesondere viele afrikanische Staaten von der Wohlstandsent-

wicklung abgehängt sind und die Chancen der Globalisierung nicht nutzen können, liegt an Bürgerkriegen, Misswirtschaft, Korruption, wirtschaftspolitischen Fehlern sowie einem grundlegenden Mangel an Wettbewerbsfähigkeit.

Ganz anders verliefen dagegen die Globalisierungskarrieren von Hongkong, Südkorea, Taiwan oder Chile. Diese Staaten haben sich schon in den sechziger Jahren von der damals geltenden Abschottungs- und Importsubstitutionsdoktrin abgewandt. Stattdessen setzten sie – teils auch mit Hilfe staatlicher Industriepolitik – aktiv auf die Integration in den Weltmarkt, den Aufbau einer wettbewerbsfähigen Exportindustrie und auf ein ausfuhrgetriebenes Wachstum. Weil sich diese Strategie als erfolg-

Entwicklungsländer: Globalisierung bringt mehr Wachstum

Abbildung 14

Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf, im Zeitraum 1990–2006, in Prozent



Wachstumsraten: nicht bevölkerungsgewichtet.
Ursprungsdaten: IWF; Weltbank

reich erwies, öffneten sich ab Ende der siebziger Jahre immer mehr Länder für die Globalisierung – nicht zuletzt auch China und Indien, zwei weitere prominente Gewinner der Weltmarktöffnung. Gerade Indien ist ein Paradebeispiel dafür, dass und wie Entwicklungsländer von der Öffnung ihrer Märkte profitieren können: Zuerst kommen mit den Firmen aus den Industrieländern Kapital, Know-how und neue Technologien ins Land – und anschließend kauft der indische Tata-Konzern die beiden britischen Automobilikonen Jaguar und Land Rover auf und katapultiert das Land im Jahr 2008 damit in die erste Liga der Automobilhersteller.

Auch wenn solch eindrucksvolle Erfolgsgeschichten natürlich nicht an der Tagesordnung sind – viele Studien und auch ein Blick auf die bloßen Wachstumszahlen belegen, dass auch und gerade Entwicklungsländer von der Globalisierung profitieren: Jene Länder, die sich dem Weltmarkt geöffnet haben, konnten ihren Wohlstand (gemessen als reales Bruttoinlandsprodukt je Einwohner) zwischen 1990 und 2006 im Durchschnitt um fast 50 Prozent erhöhen – dagegen mussten sich die Nicht-Globalisierer mit einem Plus von weniger als der Hälfte bescheiden.

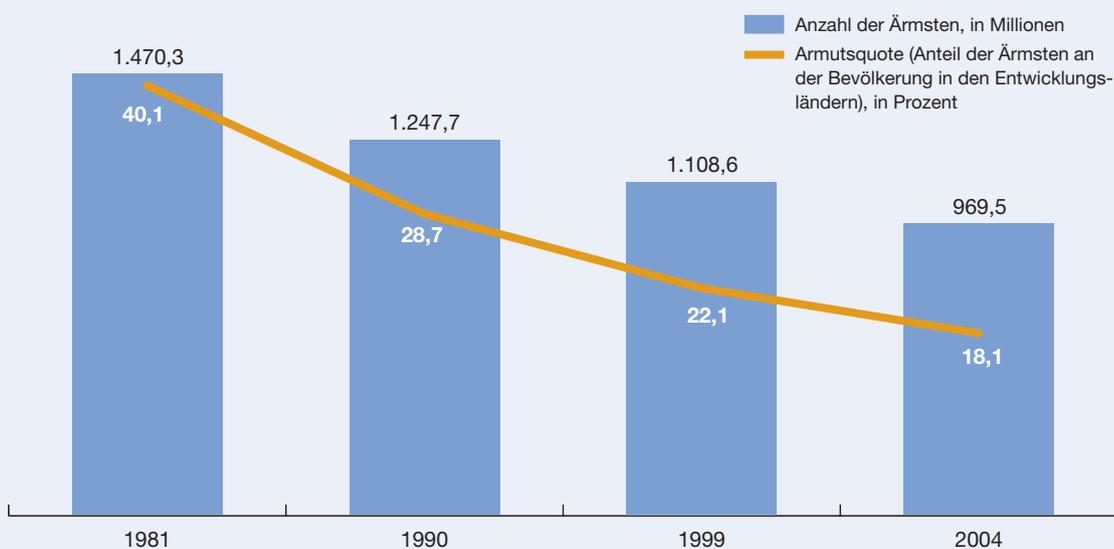
► **Armut und Ungleichheit.** Die Armen werden immer ärmer und die Reichen immer reicher, darin sind sich Globalisierungskritiker und große Teile der Öffentlichkeit einig. Und tatsächlich gibt es auch im 21. Jahrhundert noch immer ein erschreckend hohes Ausmaß an weltweiter Armut, der Tag für Tag allein 31.000 Kinder zum Opfer fallen. An solchen Zahlen gibt es nichts zu beschönigen – gleichwohl dürfen sie nicht den Blick darauf verstellen, dass gerade die Globalisierung ein probates Mittel ist, Armut zu bekämpfen.

Zunächst einmal ist Armut nicht gleich Armut. Fachleute unterscheiden zwischen subjektiver Armut (wenn sich jemand arm fühlt, es aber gar nicht ist), absoluter Armut (wenn es ums nackte Überleben geht) und relativer Armut (wenn also das Leben gesichert ist, nicht aber das soziokulturelle Existenzminimum). In Industrienationen wie Deutschland ist die relative Armut die entscheidende Größe: Danach gilt als arm, wer weniger als 60 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung hat. Laut jüngster Studie des Deutschen Instituts

Globale Armut: Auf dem Rückzug

Abbildung 15

gemessen anhand der Armutsschwelle von rund 1 US-Dollar pro Tag, inflations- und kaufkraftbereinigt



Quelle: Chen/Ravallion, 2007

für Wirtschaftsforschung betraf dies im Jahr 2005 etwa 17 Prozent der Bundesbürger. Weil das rund 4 Prozentpunkte mehr waren als noch im Jahr 2000, ist also auch in Deutschland die Armut gestiegen. Dazu muss allerdings gesagt werden, dass die Armutsgrenze 2005 für einen Single bei 856 Euro lag – und eine Familie mit zwei Kindern erst dann als armutsgefährdet galt, wenn sie weniger als 1.798 Euro im Monat zur Verfügung hatte.

Zwar mag es dem einen oder anderen schwerfallen, mit solch einem Einkommen auszukommen – mit existenzieller Not wie in den Entwicklungsländern hat das allerdings gar nichts zu tun. Hier gilt die absolute Armutsgrenze von 1 US-Dollar (inflations- und kauf-

kraftbereinigt), ein Betrag, den die Weltbank festgelegt hat, und der sich an den elementaren Grundbedürfnissen orientiert. Auch wenn es für hiesige Verhältnisse schon unvorstellbar ist, mit umgerechnet rund 0,65 Euro am Tag überhaupt sein Leben fristen zu können – Fakt ist: Seit 1980 ist die weltweite absolute Armut nicht gewachsen, sondern gesunken. Mussten im Jahr 1981 fast 1,5 Milliarden Menschen mit weniger als 1 Dollar pro Tag auskommen, so waren es 2004 nur noch knapp 970 Millionen. Damit hat sich die globale Armutquote von 40 auf 18 Prozent mehr als halbiert. Zu verdanken ist das vor allem den Entwicklungen in Indien und China, wo Ende der siebziger Jahre noch rund zwei Drittel aller absolut Armen lebten. Das starke Wachstum hat dieses Problem spürbar

entschärft – und beide Länder gelten heute als Prototyp eines Globalisierungsgewinners.

Bleibt zum Schluss noch die Frage, ob die Reichen tatsächlich immer reicher werden. Offensichtlich ja: Nach Angaben der Investmentbank Merrill Lynch jedenfalls hat sich die Zahl der Superreichen (mit einem Vermögen von mehr als 30 Millionen Dollar) allein von 2005 auf 2006 um gut 10 Prozent erhöht und das Gesamtvermögen aller 8,7 Millionen Millionäre ist um fast 9 Prozent auf gut 33 Billionen Dollar gestiegen.

Ob das ohne die Globalisierung anders gewesen wäre, sei dahingestellt – fest steht, eine generelle Zunahme der globalen Ungleichheit lässt sich daraus nicht ableiten. Misst man nämlich die Ungleichheit der Einkommen anhand

des sogenannten Gini-Koeffizienten (er setzt die 0 für eine gleiche Verteilung und die 1 für maximale Ungleichheit), dann zeigt sich folgender Befund: Bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts ist die globale Ungleichheit aufgrund der eklatant unterschiedlichen Wachstums- und Fortschrittsdynamik zwischen den Industrie- sowie den Entwicklungsländern stetig angestiegen – von 0,1 im Jahr 1850 bis auf 0,5 im Jahr 1950. Seitdem aber stagniert dieser Wert beziehungsweise ist sogar leicht rückläufig.

Das gilt auch, wenn man die zunehmende Ungleichheit innerhalb der Länder berücksichtigt. Das Aufholen von China & Co. wiegt offenbar stärker und hat die Entwicklungsländer wieder näher an die Industriestaaten herangeführt. Das ist sicherlich nicht nur, aber auch der Globalisierung zu verdanken.

Der Autor

Das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) ist das führende private Wirtschaftsforschungsinstitut in Deutschland. Als Anwalt marktwirtschaftlicher Prinzipien entwirft es für die deutsche Volkswirtschaft und für die Wirtschaftspolitik die bestmöglichen Strategien und fordert und fördert deren Umsetzung. Das IW will das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Prozesse in Politik und Öffentlichkeit festigen und verbessern. Dazu analysiert es Fakten, zeigt Trends, ergründet Zusammenhänge und informiert die Öffentlichkeit darüber auf vielfältige Weise.

© 2008 ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.

ISSN 1863-3978 / ISBN 978-3-941036-02-4

Herausgeber:

ROMAN HERZOG INSTITUT e.V.

Max-Joseph-Straße 5

80333 München

www.romanherzoginstitut.de

Manuskript: Jürgen Matthes

Redaktion: Andreas Wodok

Gestaltung und Produktion: edition agrippa, Köln · Berlin

Fotos: action press, argus, Caro, Photothek.net, Vario, Visum

Die Studie ist beim Herausgeber kostenlos erhältlich.

